# PLUTUS

Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft u. Finanzwesen

Nachdruck verboten

Man abonniert beim Buchhandel, bei der Post und | Berlin, den 16. November 1912. | direkt beim Verlage für 4,50 Mk. vierteljährlich.



## Türkenschulden.

In einem Staatsvertrag, der im Jahre 1809 zwischen England und der Türkei geschlossen wurde, wird der türkische Sultan bezeichnet als „Der Kaiser, der Eroberer des Erdballs, der König der Könige, das Oberhaupt der Kaiser aller Zeiten, der den Monarchen die Krone verleiht." Wenn Mohamed V. zwischen den brünstigen Gebeten am Mantel des Propheten sich jenen alten Staatsvertrag aus den Archiven hervorsuchen läßt, so wird er wehmütigen Sinnes an den Prunk und den Glanz denken, der — wenigstens doch noch auf dem Papier — seine Vorgänger umgab. Der Sultan giert heute nicht mehr danach, anderen Monarchen Kronen zu verleihen; er ist zufrieden, wenn man ihm seine Krone läßt, und hat sich bereits damit abgefunden, daß die Balkankönige ihren Kronen seine schönsten Diademe einverleiben. Schon jetzt steht fest, daß im besten Falle Konstantinopel der letzte Wahrturm einstiger europäischer Herrlichkeit der Osmanen bleiben wird. Ob Albanien ein selbständiges Reich wird, ob Makedonien wieder einen Alexander bekommen wird, ob die neuen Fürsten aus dem Geschlechte Bernadottes, aus koburgischem Geblüt oder von den Sonderburg-Schleswig-Holsteinern stammen werden, das spielt heute eine nebensächliche Rolle gegenüber der Tatsache, daß das kürzlich erst geprägte Schlagwort „der Balkan den Balkanvölkern" zur Wahrheit werden wird. Wie hat man sich vor dieser Möglichkeit gefürchtet. Welche Anstrengungen hat die europäische Diplomatie gemacht, um die europäische Türkei als Pufferstaat aufrecht zu erhalten. Welche Erregungen hat die orientalische Frage besonders von jenem Augenblick an in Europa hervorgerufen, da sie mit dem Aufstand der Bulgaren vom 4. Mai 1876 auch für das junge Deutsche Reich eine Rolle zu spielen begann. Als Abdul Hamid, der jetzt auf deutschem Kriegsschiff ins neue Gefängnis uebersführte, am 31. August jenes Unglücksjahres den Thron bestieg, da waren gerade Frankreichs und Deutschlands Konsuln in Saloniki ermordet worden. Serbien und Montenegro hatten der Türkei den Krieg erklärt, Gladstone, der Beakonsfields Erbschaft anstrebte, zog mit heftigen Reden gegen die Türken von London nach Manchester, von Manchester nach Sheffield, und obwohl die türkischen Heere die Serben zu Paaren getrieben hatten, rief in Belgrad Tschernajew, Rußlands Militäragent, Milan, den Sohn Miloschs, zum König aus. Während man in Belgrad jeden Augenblick die Ankunft der türkischen Sieger erwarten durfte, stellte Rußland am Goldenen Horn sein Ultimatum, und der junge Kriegsruhm der Osmanen wurde durch die Niederlage, die das russische Heer und die englische Diplomatie den

Türken beibrachte, von schwärzestem Dunkel umhüllt. Dann kamen die Tage des berliner Kongresses. Die Sieger von heute, die Bulgaren, die Serben und die Montenegriner, waren die Benefizianten des Konzerts der europäischen Mächte. Man wies ihnen ihre Grenzen, aber im Prinzip blieb die Integrität der Türkei als Axiom bestehen. Das war der berühmte Status quo ante, über dessen Tod in den letzten Wochen so viel gewitzelt worden ist. „Er ging dahin, als wäre er nie gewesen." Und die internationale Diplomatie ist viel zu wenig beschämt über ihre Mißerfolge, als daß sie mit Bedauern einen Gegenstand in der Versenkung verschwinden sähe, der bisher auch in den Augen der Spießbürger so schön zur Rechtfertigung ihrer Existenz diente. Denn wenn unsere Diplomaten manchmal gar nichts zu tun hatten, so bastelten sie ein bißchen an der orientalischen Frage herum.

Ob die orientalische Frage nicht abgelöst werden wird durch eine neue Auflage der Balkanfrage, die viel ernster noch als ihre Vorgängerin sein könnte, soll uns heute hier nicht beschäftigen. Die Aktualität von jetzt liegt auf finanziellem Gebiet. Was wird aus den türkischen Anleihen? Abgesehen von dem nicht geringen Interesse, das England und Oesterreich an der Beantwortung dieser Frage haben, ist zu bedenken, daß Deutschland und Frankreich über drei Milliarden Franken türkischer Anleihen aller Kategorien Unterschlupf in ihre Kapitalistenkreise gewährt haben. Frankreichs Bemühungen, den Frieden aufrechtzuerhalten, die unleugbare Annäherung, die seine Politik in den letzten Monaten trotz der hämischen Glossen der Chauvinistenpresse an die deutsche Diplomatie gewonnen hat, sind nur auf das mit Deutschland solidarische Finanzinteresse in der Türkei zu erklären. Daß die Türkei, deren Finanzen schon durch den tripolitanischen Krieg nicht wenig geschwächt waren, durch die Opfer des neuen Krieges eine noch gar nicht abzusehende Minderung ihrer Finanzkraft erlangen wird, kann heute nicht mehr bestritten werden. Ob und in welchem Maße die Aufrechterhaltung des gesamten Schuldendienstes für die osmanischen Anleihen unter diesen Umständen überhaupt möglich sein wird, das bleibt abzuwarten. Vielleicht wird der Krieg von 1912 ebenso, wie es die Kriege von 1876 und 1877 waren, der Ausgangspunkt von Reformen mit finanziell günstigen Endergebnis. Aber das ist eine Frage von viel geringerem Belang gegenüber der Tatsache, daß die Gebietsverluste wichtige Einnahmequellen überhaupt versiegen lassen. Während auf der einen Seite Teile der Besitzer türkischer Anleihen sich um die Konsequenzen dieser Gebietsabtretungen überhaupt nicht kümmern, sind auf der anderen Seite vorschnelle Beurteiler ohne weiters mit der Lösung bei der Hand, daß an irgend welche Verpflichtungübernahme seitens der siegenden Balkanstaaten nicht zu denken sei, und daß daher der Staatsbankerott der Türkei drohe. So einfach liegt die Sache aber keinesfalls. Um sich ein Urteil über die Zukunft der türkischen Finanzen zu bilden, ist es nötig, die Struktur des türkischen Finanzwesens sich etwas näher anzusehen und die Sätze des Völkerrechts durch privatrechtliche Maximen zu ergänzen.

Die türkischen Anleihen zerfallen in drei Kategorien. Die erste ist gestützt auf jene Einnahmen, die unter die unbedingte Verwaltung der Dette Publique Ottomane fallen. Die zweite basiert auf besonderen Einkünften, die an die Dette Publique seitens des türkischen Staates abgeführt werden. Und die dritte hat keinen Zusammenhang mit der Dette Publique. Es handelt sich da um allgemeine ottomanische Staatsschulden, für die z. B. bestimmte Zölle als Spezialgarantien bestellt wurden. Diese Unterscheidung ist wichtig. Denn die Zukunft der Staatsanleihen, als deren Deckung Spezialgarantien verpfändet sind, ohne daß die besonderen Rechte der Dette Publique für sie in Anspruch genommen werden können, ist lediglich nach völkerrechtlichem Gesichtspunkte zu beurteilen. Dagegen sind die Ansprüche der Dette Publique viel komplizierterer Natur. Die Dette Publique Ottomane ist nicht etwa eine internationale Finanzverwaltung in dem Sinne, als ob gewissermaßen für diesen Teil der türkischen Staatseinkünfte ein besonderer Finanzminister eingesetzt sei, der statt aus einer Person aus einem Conseil von Persönlichkeiten bestünde, sondern die Dette Publique ist eine besondere Korporation, der durch das Dekret vom 18. Muharem 1299 — dem 8. Dezember 1881 nach christlicher Zeitrechnung — der Charakter eines Vertragsgegners der türkischen Regierung verliehen ist. Das geht schon daraus hervor, daß bei Zwistigkeiten zwischen der türkischen Regierung und der Dette Publique ein Schiedsgericht entscheidet. Niemals aber könnte zwischen den Staat und eine seiner Behörden sich ein Schiedsgericht schieben. Durch Vertrag mit der Dette Publique ist dieser die vollkommen selbständige Verwaltung gewisser Zölle, Steuern, Tribute und Monopole eingeräumt worden. Die Dette Publique zieht durch ihre eigenen Beamten, die nicht türkische Staatsbeamte sind, die ihr zugewiesenen Steuern ein. Sie hat auch das Recht der selbständigen Weiterverpachtung. Sie hat nur die Pflicht, gewisse Teile eventueller Ueberschüsse an die türkische Regierung abzuliefern. Ein Teil ihrer Einkünfte resultiert aus dem Tabakmonopol. Dieses Monopol beruht zwar auf einem türkischen Staatsgesetz, aber die Rechte aus ihm nimmt eine Privatgesellschaft, die Türkische Tabakregie, wahr, so daß also für einen nicht unerheblichen Teil der Einnahmen die Kontra=

hentin der privaten Dette Publique die private Tabak-Regie-Gesellschaft ist. Die Feststellung des Charakters der Dette Publique Ottomane ist von außerordentlicher Wichtigkeit. Denn es handelt sich bei den Grundlagen ihrer Machtbefugnisse nicht um etwas, das nach den ungeschriebenen Gesetzen des Völkerrechts zu beurteilen ist, sondern hier liegen privatrechtliche Verträge vor, die von den Regierungen, die in Zukunft auf dem europäischen Gebiet der Türkei herrschen werden, genau so respektiert werden müssen, wie sie bisher von seiten der türkischen Regierung respektiert wurden. Bei allen Annexionen, die die moderne Geschichte kennt, unter anderem bei der Abtretung Veneziens an Italien, bei der Annexion Schleswig-Holsteins seitens Preußens, bei dem Uebergang Elsaß-Lothringens aufs Deutsche Reich, sind in den Friedensverträgen die Rechte und Pflichten der alten Regierungen gegenüber Privaten von den neuen Regierungen übernommen worden. Dazu kommt, daß die Verträge der Türkei mit der Dette Publique außerdem auch noch dadurch hochpolitischen Charakter bekommen haben, daß sie den interessierten Regierungen mitgeteilt worden sind, und daß selbst Rußland, dessen Staatsbürger nicht als Gläubiger an dem Abkommen interessiert waren, die Dette Publique als solche sanktioniert hatte. Deshalb besteht für mich kein Zweifel, daß das eine Drittel der bisherigen Einnahmen der Dette Publique, das aus der europäischen Türkei floß, in Zukunft mindestens ebensogut garantiert sein wird wie bisher.

Zweifelhafter mag es dagegen scheinen, wie sich die siegreichen Balkanstaaten gegenüber den völkerrechtlichen Verpflichtungen zur allgemeinen Beteiligung an den Schulden der Türkei, soweit keine privatrechtlichen Verträge vorliegen, stellen werden. In den Anfängen des Völkerrechts herrschte in der Tat die Meinung vor, daß die Gläubiger des besiegten Staates eben mit dem Besiegten leiden müßten. Diesen Standpunkt vertrat noch sehr scharf Hugo Grotius. Dieser Grundsatz wird verständlich, wenn man daran denkt, daß es zu damaliger Zeit Staatsschulden überhaupt nicht gab, daß in den meisten Fällen die Gläubiger den Fürsten borgten und daß selbst bei Landverpfändungen, da dieses Land als Eigentum des Fürsten galt, der persönliche Charakter der Anleihen nicht tangiert wurde. Nach der modernen Völkerrechtslehre haftet die Schuld am Territorium. Und ob das annektierte Land als Völkerrechtssubjekt verschwindet oder von dem einen Völkerrechtssubjekt auf das andere übergeht, immer bleibt das Territorium mit seinen Einnahmen und Ausgaben, mit seinem Vermögen und seinen Schulden bestehen. Ullmann präzisiert die Rechtsfolgen einer Gebietsannektion sehr treffend: „Annektionen, Zessionen von Gebietsteilen eines Staates sind nicht aufzufassen als Fälle des Ueberganges eines Gebietes an sich und einer Menge von Einzelpersonen an eine andere Staatsgewalt; Objekt der Erwerbung ist vielmehr ein organisierter korporativer Verband mit eigener Rechtsordnung . . . Es bedarf zur Erklärung des Ueberganges von Pflichten, die auf dem inkorporierten Territorium haften, keiner Bezugnahme auf den Begriff der privatrechtlichen Universalsukzession. Außer allem Zweifel steht auch die Pflicht zur Uebernahme einer Staatsschuld . . . Der Eintritt des annektierenden Staates in die Herrschaft über das Vermögen des annektierten Gemeinwesens sichert jenem alle damit verknüpften vermögensrechtlichen Vorteile, insbesondere auch den Uebergang der von dem annektierten Staate erworbenen Forderungen. Er kann aber auf dem Boden des Völkerrechts nicht anders als in der Art gedacht werden, daß diese Herrschaft unter gleichzeitiger Anerkennung der vermögensrechtlichen Verpflichtungen übernommen und ausgeübt wird.“ Ullmann setzt weiter auseinander, daß der Verlust eines Teiles des Gebietes zur Folge hat, daß der Erwerber des neuen Gebietes teilweise die Staatsschuld übernehmen muß, soweit es sich um allgemeine Schulden handelt. Daß er aber die speziellen Schulden des annektierten Territoriums vollkommen übernehmen muß.

Die letzte Auffassung Ullmanns geht mir zu weit. Gerade wenn man auf dem Standpunkt steht, daß Staatsschulden keine persönlichen Schulden der Fürsten oder Regierungen, sondern Belastungen der Territorien darstellen, so muß man dem Staat — insoweit hier Vergleiche erlaubt sind — genau wie dem Privatschuldner den Vorteil des Benefizii inventarii zubilligen. § 419 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches formuliert die Grundsätze für die privatrechtliche Schuldübernahme äußerst glücklich: „Uebernimmt jemand durch Vertrag das Vermögen eines anderen, so können dessen Gläubiger unbeschadet der Fortdauer der Haftung des bisherigen Schuldners von dem Abschlusse des Vertrages an ihre zu dieser Zeit bestehenden Ansprüche auch gegen den Uebernehmer geltend machen. Die Haftung des Uebernehmers beschränkt sich auf den Bestand des übernommenen Vermögens und die ihm aus dem Vertrage zustehenden Ansprüche . . . Die Haftung des Uebernehmers kann nicht durch Vereinbarung zwischen ihm und dem bisherigen Schuldner ausgeschlossen oder beschränkt werden.“ Ueberträgt man diesen Grundsatz des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches ins Völkerrecht, und nimmt man überhaupt die Haftung der Balkanstaaten als gegeben an, so resultiert daraus, daß die Türkei im Friedensvertrage die Balkanstaaten von ihrer Haftverpflichtung nicht entbinden darf, daß sie unbeschadet der Neuhaftenden eventuell

auch noch selbst haftet, daß aber andererseits den Balkanstaaten nur eine Haftung in dem Umfange zugemutet werden darf, die in vernünftigem Verhältnis zu dem übernommenen Vermögensobjekt steht. Sehr zutreffend scheint mir hier der Standpunkt Freunds, der in seinem Buch über „Die Rechtsverhältnisse der öffentlichen Anleihen“ sagt: „Der annektierende Staat haftet für die Anleiheschuld des übernommenen Staates (hier ist zu ergänzen: oder des übernommenen Staatsteiles. G. B.) lediglich insoweit, als für ihre Verzinsung und Rückzahlung die Einkünfte des annektierten Staates (Steuern, Domänen usw.) hinreichen, oder insoweit Unbewegliches in dem übergangenen Gebiet verpfändet ist.“

Bleibt also noch die Frage zu untersuchen ob eine völkerrechtliche Verpflichtung zur Haftung für die Staatsschulden denn überhaupt existiert. Hier kommt es weniger auf die Meinungen der Völkerrechtslehrer als auf das an, was auch tatsächlich anerkannt wird. Denn das Völkerrecht ist nicht in Paragraphen kodifiziert, sondern durch Präzedenzfälle geregelt. Im Vertrag vom 19. April 1839 zwischen den Niederlanden und dem eben neugeschaffenen belgischen Gemeinwesen verpflichtet sich durch den Artikel 13 Belgien, fünf Millionen Gulden Jahresrente von den Niederlanden in der Weise zu übernehmen, daß die entsprechenden Kapitalien aus dem Debet des Staatsschuldbuches zu Amsterdam oder des Staatsschatzes der Niederlande in das Debet des belgischen Staatsschuldbuches übertragen werden. Der Kapitalbetrag, der dieser Jahresrente von fünf Millionen entspricht, wird als belgische Nationalschuld betrachtet werden. In den Artikeln 8 bis 11 des Friedensvertrages vom 30. Oktober 1864, der zwischen Oesterreich und Preußen einerseits und Dänemark andererseits geschlossen wurde, wird ausdrücklich festgesetzt, daß die Quote der Staatsschuld der dänischen Monarchie, die den Herzogtümern Schleswig und Holstein zur Last fällt, auf rund 29 Millionen dänische Thaler festgestellt und unter den Garantien des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen von Schleswig-Holstein an Dänemark zurückgezahlt werden soll. In dem wenige Jahre vorher stipulierten Friedensvertrage zwischen Oesterreich und Frankreich vom 10. November 1859 folgen auf die Erklärung, daß der Kaiser der Franzosen dem König von Sardinien die ihm vom Kaiser von Oesterreich abgetretene Lombardei zedieren will, genaue Bestimmungen über die zu übernehmenden Staatsschulden. (Hier ist in Parenthese einzufügen, daß bei seiner Einigung das Königreich Italien die Schulden des Territorialbesitzes der Stadt Rom in der Romannia ebenfalls übernommen hatte.) Die Zahl der Beispiele ist noch nicht erschöpft. Im Friedensvertrag von Wien zwischen Oesterreich und Italien, der das Datum des 3. Oktober 1866 trägt, übernimmt in den Artikeln 6 bis 8 die italienische Regierung nicht bloß die Rechte und Verbindlichkeiten aus den Verträgen, die die österreichische Verwaltung in Venezien abgeschlossen hatte, sondern erhebliche Teile des Monte Lombardo-Veneto und außerdem 35 Millionen Gulden österreichischer Währung für den auf Venezien entfallenden Teil des Anlehens vom Jahre 1854. Aber selbst die Balkanstaaten sind bereits einmal Subjekte völkerrechtlicher Finanzverträge gewesen. Im berliner Vertrag vom 13. Juli 1878 lautet die zweite Hälfte des Artikels 9: „Da Bulgarien einen Teil der öffentlichen Schuld des türkischen Reiches zu tragen hat, so werden die Mächte bei Feststellung des bulgarischen Tributs denjenigen Teil dieser Schuld in Betracht ziehen, welcher dem Fürstentum auf der Grundlage eines billigen Verhältnisses aufzulegen sein würde.“ In den Artikeln 33 und 42 werden für Montenegro und Serbien die gleichen Verpflichtungen anerkannt. Daß diese Verpflichtungen der Balkanstaaten gegen die Türkei nur auf dem Papier geblieben und nicht zur Wirklichkeit geworden sind, tut nichts zur Sache. Denn die Vertreter der fremden Mächte in Konstantinopel haben sich später mit dieser Frage eben nicht mehr beschäftigt. Aber prinzipiell anerkannt ist die Verpflichtung der annektierenden Staaten zur Uebernahme von Schuldteilen annektierter oder unabhängig gewordener Staatsteile auch durch den berliner Vertrag. Und das ist für die türkischen Staatsgläubiger von umso größerer Bedeutung, als die völkerechtlichen Subjekte des berliner Vertrages nahezu die gleichen sind wie die „hohen vertragsschließenden Teile“ des nächsten Friedensvertrages.

Selbstverständlich ist aber die ganze Angelegenheit trotz der günstigsten Rechtslage in letzter Instanz eine Frage der Zahlungsfähigkeit. Aber man darf nicht vergessen, daß die erweiterten Balkanstaaten, die Wert darauf legten, Großmacht zu spielen, alles aufbieten werden, um sich finanziell nobel aus der Affäre zu ziehen. Nicht so sehr wegen ihres Staatenruhmes, sondern weil sie Westeuropa, insbesondere aber den englischen, den französischen und den deutschen Geldmarkt gebrauchen. Die Geldgeber werden hier dieselben Völker sein, die an den türkischen Finanzen interessiert sind. Und deshalb darf man schon darauf vertrauen, daß ein vernünftiges Arrangement getroffen werden wird.

# Neugründungen und Kapitalserhöhungen.

Von **Richard Calwer**-Berlin.

Oktober 1912.

Vom neunten zum zehnten Monate pflegt die Investierungtätigkeit meistens zuzunehmen. Ein gleiches war diesmal zu beobachten. Für Neugründungen und Kapitalserweiterungen wurden im Oktober 1912 dem offenen Geldmarkt 98,13 Mill. Mark entnommen; das sind 45,16 Mill. ℳ mehr als im September d. J. und immerhin 4,40 Mill. Mark mehr als im Parallelmonat des vergangenen Jahres. In den Jahren 1908 bis 1911 und in den Monaten Januar bis Oktober des laufenden Jahres ergaben sich folgende Beträge neuinvestierter Kapitalien in Mark:

| | 1909 | 1910 | 1911 | 1912 |
|---|---|---|---|---|
| Jan. . | 98599586 | 75726000 | 89263600 | 140260200 |
| Febr. . | 76493550 | 89810700 | 102566000 | 166076172 |
| März | 122664200 | 118130100 | 132730900 | 124258300 |
| April | 94980900 | 115404345 | 150550200 | 133980500 |
| Mai . | 109236600 | 116080886 | 106147800 | 116775400 |
| Juni . | 87360000 | 93039345 | 88830300 | 138689875 |
| Juli . | 131718900 | 63372800 | 119754350 | 110477550 |
| August | 65391000 | 79238600 | 80946100 | 67400900 |
| Sept. . | 51739200 | 98243100 | 51850600 | 52967500 |
| Oktob. | 61688800 | 139532415 | 93726600 | 98126200 |
| Nov. . | 114992750 | 149119600 | 99969600 | — |
| Dez. . | 119127800 | 102364300 | 77798700 | — |
| Jan.-Dz. | 1133993286 | 1240062191 | 1194134750 | — |

In den verflossenen zehn Monaten dieses Jahres hat die Investierungtätigkeit mithin einen Betrag von 1148,95 Mill. ℳ beansprucht. Das bedeutet gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres ein Plus von 132,58 Mill. ℳ. Die Neugründungen und Kapitalserhöhungen verteilten sich, nach Aktiengesellschaften und Gesellschaften G. m. b. H. getrennt, folgendermaßen auf die einzelnen Gruppen:

| | Neugründungen | | | | Kapitalserhöhungen | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Zahl der Gesellschaften | Kapitalssumme in 1000 ℳ | | | Zahl der Gesellschaften | Kapitalssumme in 1000 ℳ | | |
| | | Okt. 1912 | Vormonat | Vorjahr | | Okt. 1912 | Vormonat | Vorjahr |
| **I. Aktiengesellschaften.** | | | | | | | | |
| Landwirtschaft | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Bergbau, Hütten und Salinen | 1 | 500 | 4 000 | — | 2 | 7 500 | — | 1 302 |
| Steine und Erden | — | — | 1 500 | — | 1 | 875 | — | 2 717 |
| Metalle und Maschinen | 2 | 2 300 | 1 600 | 2 800 | 7 | 8 830 | 6 000 | 2 057 |
| Elektrotechnische Erzeugnisse | — | — | — | 800 | 1 | 4 000 | 2 500 | 950 |
| Elektrizität- und Gasgesellschaften | 2 | 4 076 | 1 000 | — | 2 | 753 | — | 750 |
| Fette, Oele usw. | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Chemische Industrie | — | — | — | 2 800 | — | — | — | 1 400 |
| Textilgewerbe | 4 | 3 950 | 550 | — | 2 | 700 | — | 4 344 |
| Papiergewerbe | 1 | 250 | — | — | — | — | — | — |
| Ledergewerbe | — | — | — | — | — | — | — | 1 400 |
| Holz- und Schnitzstoffgewerbe | 1 | 500 | — | — | 1 | 250 | — | 500 |
| Nahrung- und Genußmittelgewerbe | 1 | 75 | 2 500 | 2 154 | 3 | 550 | 1 298 | 510 |
| Bekleidung- und Reinigunggewerbe | — | — | 1 000 | — | — | — | — | — |
| Beherbergung- u. Erquickunggewerbe | — | — | — | — | — | — | — | 700 |
| Graphische Gewerbe | 1 | 100 | — | — | — | — | — | — |
| Baugewerbe | 1 | 400 | 1 300 | 2 000 | — | — | 3 600 | — |
| Banken | 1 | 3 000 | — | 3 400 | 1 | 500 | 1 750 | 4 000 |
| Handel außer Banken | — | — | 1 300 | 2 800 | — | — | 60 | — |
| Syndikate, Verkaufsvereiniggn. usw. | — | — | — | — | — | — | — | — |
| Verkehr | 1 | 2 500 | 500 | 19 300 | 5 | 11 598 | 2 200 | 461 |
| Sonstige Gesellschaften | 1 | 500 | — | 700 | — | — | 250 | — |
| | 17 | 18 151 | 15 250 | 36 754 | 25 | 35 556 | 17 658 | 21 091 |
| **II. Gesellschaften mit beschränkter Haftung.** | | | | | | | | |
| Landwirtschaft | 10 | 307 | 1 020 | 295 | — | — | — | 5 |
| Bergbau, Hütten und Salinen | 2 | 80 | 335 | 670 | 1 | 15 | 150 | 44 |
| Steine und Erden | 11 | 1 087 | 1 271 | 1 273 | 2 | 315 | 100 | 20 |
| Metalle und Maschinen | 42 | 8 289 | 1 872 | 1 518 | 10 | 1 361 | 142 | 714 |
| Elektrotechnische Erzeugnisse | 9 | 496 | 188 | 900 | 3 | 394 | 235 | 359 |
| Elektrizität- und Gasgesellschaften | 2 | 55 | 1 222 | 3 115 | 1 | 387 | — | 216 |
| Fette, Oele usw. | 2 | 80 | 20 | 660 | — | — | — | 50 |
| Chemische Industrie | 22 | 1 445 | 271 | 1 078 | 6 | 1 094 | 174 | 25 |
| Textilgewerbe | 4 | 449 | 362 | 1 283 | 2 | — | 1 165 | 4 |
| Papiergewerbe | 2 | 80 | 400 | 482 | 1 | 25 | — | — |
| Ledergewerbe | 2 | 50 | 330 | 71 | — | — | — | — |
| Holz- und Schnitzstoffgewerbe | 12 | 867 | 661 | 1 245 | 1 | 10 | 150 | — |
| Nahrung- und Genußmittelgewerbe | 24 | 6 892 | 1 000 | 1 483 | 2 | — | 84 | 228 |
| Bekleidung- und Reinigunggewerbe | 8 | 1 918 | 356 | 269 | 2 | 50 | — | — |
| Beherbergung- u. Erquickunggewerbe | 15 | 430 | 296 | 795 | — | — | 55 | 4 |
| Graphische Gewerbe | 34 | 1 646 | 1 449 | 812 | 2 | 40 | 45 | 55 |
| Baugewerbe | 42 | 1 654 | 964 | 3 554 | 4 | 200 | 250 | 402 |
| Banken | 3 | 60 | 118 | 160 | 1 | 10 | — | — |
| Handel außer Banken | 66 | 4 715 | 2 398 | 9 221 | 12 | 1 609 | 521 | 1 003 |
| Syndikate, Verkaufsvereiniggn. usw. | 4 | 135 | 40 | — | — | — | — | — |
| Verkehr | 26 | 4 453 | 119 | 261 | — | — | 25 | 390 |
| Sonstige Gesellschaften | 42 | 2 429 | 2 148 | 2 082 | 18 | 1 292 | 123 | 1 206 |
| | 384 | 37 617 | 16 840 | 31 157 | 68 | 6 802 | 3 219 | 4 725 |

Es wurden mithin in den einzelnen Gruppen Gesamtbeträge in folgender Höhe investiert:

| | Neu investiertes Kapital i. Okt. 1912 in 1000 ℳ | Vormonat in 1000 ℳ | Vorjahr in 1000 ℳ |
|---|---|---|---|
| Landwirtschaft | 307 | 1 020 | 300 |
| Bergbau, Hütten u. Salin. | 8 095 | 4 485 | 2 016 |
| Steine und Erden | 2 277 | 2 871 | 4 010 |
| Metalle und Maschinen | 20 780 | 9 614 | 7 089 |
| Elektrotechn. Erzeugnisse | 4 890 | 2 923 | 3 009 |
| Elektrizität- u. Gasgesellsch. | 5 271 | 2 222 | 4 081 |
| Fette, Oele, Leuchtstoffe | 80 | 20 | 710 |
| Chemische Industrie | 2 538 | 445 | 5 233 |
| Textilgewerbe | 5 099 | 2 077 | 5 631 |
| Papiergewerbe | 355 | 400 | 482 |
| Ledergewerbe | 50 | 330 | 1 471 |
| Holz- u. Schnitzstoffgew. | 1 627 | 811 | 1 745 |
| Nahr.- u. Genußmittelgew. | 7 518 | 4 882 | 4 375 |
| Bekleid.- u. Reinigunggew. | 1 968 | 1 356 | 269 |
| Beherb.- u. Erquickunggew. | 430 | 351 | 1 499 |
| Graphische Gewerbe | 1 786 | 1 494 | 867 |
| Baugewerbe | 2 254 | 6 114 | 5 956 |
| Banken | 3 570 | 1 868 | 7 560 |
| Handel außer Banken | 6 459 | 4 319 | 13 024 |
| Verkehr | 18 551 | 2 844 | 20 412 |
| Sonstige Gesellschaften | 4 221 | 2 521 | 3 988 |
| | 98 126 | 52 967 | 93 727 |

Zu den verschiedenen Positionen ist folgendes zu vermerken: Die für die Neugründung von Aktiengesellschaften erforderte Summe blieb weit unter dem Niveau des verflossenen Jahres. Es ist das zurückzuführen auf die ganz bedeutende Abnahme der Kapitalsanlagen im Verkehr- und Transportgewerbe. In diesem Gewerbezweig wurden im zehnten Monat des verflossenen Jahres 19,30 Mill. ℳ für die Neugründung von Aktienunternehmen erfordert; im Berichtsmonat wurde nur eine einzige Aktiengesellschaft des Verkehrsgewerbes mit 2,50 Mill. ℳ Nominalkapital errichtet. Gar keine Aktienunternehmung ist im Oktober in der Gruppe Warenhandel neu ins Handelsregister eingetragen worden. Gleichzeitig ging der Geldbedarf der Banken für den gleichen Zweck von 3,40 auf 3 Mill. ℳ zurück. Dagegen wurde bei den Elektrizität- und Gasgesellschaften sowohl, wie in der Textilindustrie eine bedeutende Summe für die Gründung von Aktienbetrieben beansprucht.

Umgekehrt nahmen die Kapitalserhöhungen bereits bestehender Aktiengesellschaften gegen Oktober 1911 ganz bedeutend zu. Noch erheblicher wurde der Vormonat überholt. Im Berichtsmonat haben 25 Aktienbetriebe ihr Nominalkapital um 35,56 Mill. ℳ erhöht. Im September belief sich der entsprechende Betrag auf 17,66 Mill. ℳ, während im zehnten Monat des vorigen Jahres 21,09 Mill. ℳ investiert wurden. Sehr stark waren die Kapitalserweiterungen bestehender Verkehrsunternehmen. Fünf Transportgesellschaften, finanziert in Form eines Aktienbetriebs, steigerten ihr Nominalkapital um 11,60 Mill. ℳ An zweiter Stelle folgt die Metall- und Maschinenindustrie, in der sieben Aktiengesellschaften Kapitalserweiterungen um 8,83 Mill. ℳ vornahmen. Ein einziger Großbetrieb der elektrotechnischen Industrie verlangte 4 Mill. ℳ, zwei Unternehmungen der schweren Industrie 7,50 Mill. ℳ In einer größeren Anzahl von Gewerbezweigen fanden keine Kapitalserweiterungen von Aktienbetrieben statt.

Neugründungen von Gesellschaften m. b. H. wurden im Oktober 384 handelsgerichtlich eingetragen gegen 285 im September. Das gesamte Stammkapital berechnete sich auf 37,62 Mill. ℳ Im Oktober 1911, dem Korrespondenzmonat des Vorjahres, wurden für die Neugründung von Wirtschaftunternehmungen der genannten Art 31,16 Mill. ℳ gefordert. Der Zahl der Gesellschaften nach wies die Gruppe Warenhandel die meisten Gründungen auf. In diesem Gewerbezweig entstanden 66 Gesellschaften m. b. H. mit 4,72 Mill. ℳ Stammkapital. 42 neue Betriebe der Metall- und Maschinenindustrie verlangten 8,29 Mill. ℳ Weit stärker als im Vorjahr war die Unternehmunglust noch in der Nahrung- und Genußmittelindustrie, im Verkehrsgewerbe und im graphischen Gewerbe. Dagegen war sie im Textilgewerbe, im Papiergewerbe und bei den Elektrizität- und Gasgesellschaften entschieden abgeflaut. Für Kapitalserhöhungen haben 68 Gesellschaften m. b. H. 6,80 Mill. ℳ angefordert. Das ergibt ein bedeutendes Plus sowohl gegen Vorjahr wie gegen den Vormonat. Der Kapitalaufwand von sechs chemischen Unternehmen stellte sich auf 1,09 Mill. ℳ Zehn Gesellschaften m. b. H. aus der Metall- und Maschinenindustrie setzten ihr Stammkapital um 1,36 Mill. ℳ herauf. Für zwölf Gesellschaften des Warenhandels ergab sich eine Summe der Kapitalserweiterungen um 1,61 Mill. ℳ In sechs Gruppen ist von einer Heraufsetzung des Stammkapitals nichts bekannt geworden. Die Summe des investierten Kapitals ist nur in zehn Gruppen höher als 1911; in elf Gruppen bleibt sie hinter dem vorjährigen Niveau zurück. Weitaus den stärksten Zuwachs verzeichnet die Metall- und Maschinenindustrie, für die im Oktober 1911 nur 7,09, diesmal hingegen 20,78 Mill. ℳ beansprucht wurden. Demnächst folgt die Montanindustrie mit einem Anwachsen von 2,02 Mill. ℳ auf 8,10 Mill. ℳ Scharf rückgängig war die Investierungtätigkeit in der chemischen Industrie, die im verflossenen Jahre etwa das Doppelte des Berichtsmonats zu Anlagezwecken verlangte. Das Verkehrsgewerbe blieb mit 18,55 Mill. ℳ trotz des Rückgangs an zweiter Stelle. Gering waren die Aufwendungen für gesellschaftliche Unternehmungen in der Landwirtschaft, im Papiergewerbe und vor allem in der Lederindustrie. Wenig einheitlich hat sich in den verflossenen Monaten des laufenden Jahres die Unternehmunglust bei den Banken gestaltet.

Unter den für Oktober 1912 verzeichneten Neugründungen sind 82 mit 21,92 Mill. ℳ Kapital auf Umwandlungen bestehender Firmen zurückzuführen. Darunter befinden sich vier Aktiengesellschaften, die nunmehr auf 2,90 Mill. ℳ Nominalkapital fundiert sind; die verbleibenden 78 Gesellschaften m. b. H. arbeiten mit 19,02 Mill. Mark Stammkapital. Drei Gesellschaften, sämtlich als Aktienunternehmungen finanziert, nahmen im Berichtsmonat eine Herabsetzung ihres Kapitals von 2,16 Mill. ℳ auf 1,65 Mill. ℳ vor.

# Abendbörse in Berlin?[1)]

## Eine Umfrage.

### II.

Die Umfrage des „Plutus“ über die Nützlichkeit der Errichtung einer Abendbörse in Berlin hat ein geradezu verblüffend einstimmiges Resultat ergeben. Außer einer Stimme, die bereits letzthin zu Wort kam, befürwortet, wie aus der unten wiedergegebenen Antwort hervorgeht, einzig der Magdeburger Bankverein — wenn auch nicht allzu begeistert — den Spätverkehr. Zur Einleitung der nachstehend wiedergegebenen weiteren Antworten auf meine Rundfrage bemerke ich auf Wunsch mehrerer Einsender ausdrücklich, daß die Antworten bereits in meinem Besitz waren, bevor die letzte Nummer des „Plutus“ den Lesern vorlag. Die große Fülle der Eingänge machte es mir aber unmöglich, sie alle auf einmal zu veröffentlichen. Herr Direktor Mankiewitz von der Deutschen Bank hatte in der Zwischenzeit schon dem Berliner Tageblatt seine negierende Ansicht ausführlich begründet. Er beruft sich auf die Veröffentlichung seiner Ausführungen in dieser Zeitung. Der Sekretär des — leider erkrankten — Herrn Fischel schreibt mir, daß die Anschauungen der Chefs des Hauses Mendelssohn & Co. über die von mir angeregte Frage sich im wesentlichen mit der Veröffentlichung in der Frankfurter Zeitung vom 4. November decken. Bedauerlich ist, daß der Vorstand des neugegründeten Allgemeinen Deutschen Bankbeamten-Verbandes noch keine Ansicht über die Bedeutung der Frage für die Bankangestellten gewonnen hat. Der Vorstand des Vereins der Bankbeamten in Berlin hat in den Kreisen seiner Mitglieder die Frage erörtert und erklärt unter Hinweis auf die „Aeußerung des Bankdirektors einer Großbank“ im Berliner Tageblatt die Errichtung einer Abendbörse für „nicht diskutabel“. G. B.

**Stadtältester Dr. Johannes Kaempf** in Berlin, Präsident der Aeltesten der Kaufmannschaft und Vorsitzender des Gesamtbörsenvorstandes:

„Ich kann die Errichtung einer offiziellen Abendbörse in Berlin nicht befürworten. Es mag sein, daß in einigen wenigen Fällen es erwünscht sein würde, zwischen zwei Mittagsbörsen noch eine Abendbörse behufs Ausgleichung plötzlicher Uebergänge zur Verfügung zu haben. Aber die Vorteile, die sich daraus ergeben, werden um vieles übertroffen von den Nachteilen, die mit der Errichtung einer offiziellen Abendbörse verknüpft sein würden. Im großen und ganzen würde nicht das solide Geschäft, sondern die unberechtigte Spekulation den Nutzen daraus ziehen. Ich sehe ganz davon ab, daß sowohl die Börsenbehörden wie die Banken und Bankiers, wenn auch nicht mit einer Verdoppelung, so doch mit einer außerordentlich großen Vermehrung ihrer Arbeitkräfte würden rechnen müssen.“

**Generalkonsul Dr. Paul v. Schwabach** in Berlin, Mitinhaber des Hauses S. Bleichröder, Mitglied der Handelskammer und der Zulassungstelle, Vorsitzender des Börsenehrengerichts:

„Ich habe mit den Herren meiner Firma, denen eine langjährige Erfahrung zur Seite steht, Rücksprache genommen. Die übereinstimmende Meinung ging dahin, daß von der Einführung einer Abendbörse abzuraten wäre. Wir sind uns alle darüber klar, daß die Bankfirmen kein Interesse daran haben würden. Denn der etwa hereinkommende Gewinn würde durch notwendig werdende erhebliche Mehrausgaben zum mindesten aufgehoben werden. Für die leitenden Personen käme eine Mehrarbeit hinzu, die sicherlich außer Verhältnis zu dem möglichen Nutzen stände.

Im Auslande liegt meines Wissens die Sache so, daß eine Abendbörse in London jedenfalls seit sehr langer Zeit nicht bestanden und daß man diese Einrichtung in Paris gewiß aus guten Gründen vor einer Reihe von Jahren aufgegeben hat.“

**Hermann Waller** in Berlin, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft:

„Ich teile Ihnen mit, daß meiner Meinung nach in den Kreisen der hiesigen Bank- und Börsenwelt wenig Neigung besteht, in Berlin eine offizielle Abendbörse einzurichten. Die Abendbörsen in Frankfurt und Hamburg sind an den meisten Tagen des Jahres von geringer Bedeutung, und daß sie beibehalten worden sind, ist wohl vorwiegend darauf zurückzuführen, daß man sowohl in Hamburg wie in Frankfurt bestrebt ist, alles zu vermeiden, was dazu beitragen könnte, die Bedeutung der dortigen Börsen zu verringern. In Berlin ist in den Kreisen der Banken, der Bankiers und der Makler, soviel mir bekannt, das Bedürfnis nach einer Abendbörse niemals nachdrücklicher empfunden worden. Man ist sich wohl darüber klar, daß in ruhigen Zeiten eine Abendbörse einen Nutzen, der im Verhältnis zu der aufzuwendenden Arbeit steht, nicht bringen würde, und erblickt geradezu eine Gefahr darin, wenn in aufgeregten Zeiten außerhalb des auf breiter Grundlage beruhenden Hauptbörsenverkehrs noch Gelegenheit gegeben wäre, unkontrollierbare Nach-

[1)] Siehe Plutus Seite 874 ff.

richten und Gerüchte auf die Kursbewegung Einfluß gewinnen zu lassen. Dazu kommt, daß bei den lokalen Verhältnissen von Berlin eine Abendbörse auf die Arbeitzeit aller Beteiligten sehr ungünstig einwirken müßte."

**Geheimer Kommerzienrat Hugo Oppenheim, Berlin:**

„In der Notiz des „Plutus" vom 2. d. M. bezüglich einer berliner Abendbörse sind die Gesichtspunkte, welche für und wider in Frage kommen, so eingehend hervorgehoben sind, daß ich meinerseits nichts hinzuzufügen habe. Ich habe den Eindruck, daß die Mehrheit der Interessenten nicht für die Einführung einer berliner Abendbörse gestimmt ist."

**Kommerzienrat Paul Böhme,** Mitinhaber der Firma Raehmel & Boellert, Aeltester der Kaufmannschaft und Mitglied des Börsenvorstandes und der Zulassungstelle:

„Ich erwidere Ihnen, daß ich gegen die Einführung von Abendbörsen in Berlin bin, weil ich darin eine erhöhte Gefahr für die Ausdehnung der Spekulation, und zwar derjenigen erblicke, die aus dem geschäftlichen Verkehr auszuschalten, das Bestreben ist. Ferner dürfte es kaum zu ermöglichen sein, dieses Abendgeschäft in kontrollierbare Formen zu fügen, da weder der Börsensaal noch die Tätigkeit der Kursmakler zur Verfügung stehen würden. Schließlich würde auch die eventuelle Einführung eines solchen Geschäfts eine ganz neue Organisation der Banken und Bankfirmen bedingen, denn mit dem jetzigen Personal eine derartige Mehrarbeit zu bewirken, ist einfach unmöglich. Es ist auch nicht außer acht zu lassen, daß eine Abendbörse einer mißbräuchlichen Benutzung dahin ausgesetzt ist, daß falsche Gerüchte verbreitet werden, die, weil nicht so leicht kontrollierbar, wie an der Mittagsbörse, in die Welt gehen und unberechtigten Einfluß auf die ausländischen Börsen gewinnen können. Auch der voraussichtlich nur geringe Besuch birgt die Gefahr, daß es potenten Spekulanten leicht wird, einen entscheidenden Einfluß auf die Tendenz zu gewinnen, was an den stark besuchten Mittagsbörsen nur äußerst selten der Fall sein dürfte. Ebenso die Erfahrung, die Berlin mit seiner früheren Sonntagsbörse in der Ressource gelegentlich des pariser Bontoux-Krachs gemacht hat, ermutigen nicht zur Schaffung von Nebenbörsen.

Demgegenüber kann ich die gemeinten Vorteile, Verminderung der Schwankungen von einer Mittagsbörse bis zur nächsten und Ausnützung der newyorker Kurse an der Abendbörse nur als sehr gering ansehen."

**Kommerzienrat Albert Stäckel** in Berlin, Mitinhaber der Firma E. J. Meyer, Mitglied der Handelskammer und der Zulassungstelle:

„Infolge Ihrer geehrten Zeilen vom 4. d. M. habe ich mich vielfach in Interessentenkreisen umgehört, und erlaube mir daraufhin mitzuteilen, daß sichtlich sehr wenig Neigung für Einrichtung einer Abendbörse vorhanden ist.

Die früheren lebhaften Abendbörsen in Paris und Wien sind ganz eingegangen; in Frankfurt und Hamburg hat sich zwar während der Wintermonate der Abendverkehr erhalten, der aber auch nur in Fällen, wo eine ganz besondere politische oder finanzielle Bewegung vorliegt, Interesse begegnet.

Sollten die an den Abendbörsen getätigten Geschäfte auch die Ausführung von Kommissionsorders umfassen, müßte nach den gesetzlichen Vorschriften für die Notierung auch die Tätigkeit des Börsenvorstandes und der Kursmakler beansprucht werden, und es lohnt wohl nicht, diesen ganzen Apparat regelmäßig in Bewegung zu setzen, um vielleicht mal einen Verkehr zustande zu bringen, in einer Zeit, wo, wie die Erfahrung gelehrt hat, es häufig besser ist, wenn gegenüber den vielfachen Meldungen eine gewisse Ueberlegungfrist gewährt bleibt."

**Theodor Rosenstock** in Berlin, Mitglied des Börsenvorstandes:

„Ich kann es wohl verstehen, wenn die hohe Spannung, unter welcher Börse und Bankgewerbe seit einigen Wochen infolge der politischen Lage stehen, den Wunsch entstehen läßt, die Betätigungsmöglichkeiten zu vermehren und die Zeitspanne von 24 Stunden von einer Börse zur anderen durch Einfügung eines Zwischengliedes zu verkürzen. Nach den Wahrnehmungen, welche ich mache, ist indes zu bezweifeln, daß Bestrebungen solcher Art in weiteren Kreisen Anklang finden, auch momentan nicht, trotz der außergewöhnlichen Verhältnisse. Eine offizielle Abendbörse aber für normale Zeiten zu schaffen — dieser Gedanke ist a limine abzuweisen. Es liegt dafür kein wirtschaftliches Bedürfnis vor, und die Einrichtung zöge bei wahrscheinlich ungenügenden, materiellen Vorteilen empfindliche physische, geistige und soziale Belästigungen und Störungen für Chefs und Personal nach sich. Vergegenwärtigen Sie sich nur, welch minutiöser, komplizierter Apparat unter der Herrschaft des Börsengesetzes mit einer offiziellen Börse in Bewegung gesetzt wird, wie da Börsenvorstand und Kursmakler in Funktion zu treten, Kursfeststellung und Kursbericht zu erfolgen haben. Stellen Sie sich vor, eine offizielle Abendbörse fände von 5½ bis 7 Uhr statt, was würde das bei den Entfernungen in Berlin vom Bureau zur Börse, von Börse wieder zum Bureau und dann vom Bureau in die vielfach in den Vororten belegenen Wohnungen bedeuten, nachdem auf den Börsenbesuch noch Erledigung, Anzeige und Abfertigung der Aufträge im Bureau gefolgt ist. Selbst bei Neueinstellung von Personal würden die Lebensgewohnheiten empfindlich beeinträchtigt werden, und Erholung und Familie zu kurz kommen. In ruhiger, normaler Zeit ist demgegenüber nicht einmal mit einem entsprechenden, klingenden Aequivalent zu rechnen. Wenigstens kaum

für den Kommissionär; der Spekulant findet vielleicht eher seine Rechnung. Der Spekulationsneigung einen weiteren Impuls und Stimulus zu geben, scheint aber nicht wünschenswert. Wenn politische und wirtschaftliche Aufregungen fehlen, werden die Aufträge zur zweiten Börse nicht zahlreich genug eingehen, um eine wirklich zuverlässige Kursbildung zu ermöglichen, dadurch entsteht die Gefahr, daß skrupelfreie Elemente Mißbrauch stiften. Die Kursschwankungen würden nicht reduziert, sondern häufig aus Willkür in rein spekulativer Absicht vergrößert werden. In Berlin hat meines Wissens nie eine Abendbörse bestanden, es hat früher in den Räumen der Ressource ein freier Verkehr am Sonntag stattgefunden, wo es zeitweilig — ich erinnere mich besonders der Dulcignofrage im Jahre 1880 — große Stürme gab. Ich glaube, daß wir diesen Verkehr nicht vermissen. Frankfurt a. M. und Hamburg haben eine Abendbörse, an welcher jetzt natürlich sich lebhafte Umsätze vollziehen. Für gewöhnlich aber wohnt diesen Abendbörsen keine nennenswerte Bedeutung bei. Der Verkehr in London, wo die Bureaus räumlich konzentriert um Bank und Börse herumliegen, ist wohl mehr als eine an die offizielle, um 4 Uhr endende Börse, sich anschließende Nachbörse anzusehen, an welcher hauptsächlich die Spekulation in amerikanischen Werten und die newyorker Arbitrage tätig sind. Paris hatte vor Jahren ebenfalls eine freie Abendbörse, welche sich schließlich in der Halle des Crédit Lyonnays abspielte. Der Verkehr neigte häufig zu Ausschreitungen. Wenn mein Gedächtnis nicht trügt, so ist u. a. der für Berlin so verhängnisvolle 7. März 1875 von Philippart von einer Abendbörse aus vorbereitet worden. Endlich hat Wien noch immer einen vielberufenen, behördlich bald tolerierten, bald unterdrückten Abendverkehr, der jetzt in den Cafés am Schottenring vonstatten geht. Ob Nutzen und Schatten in eine Proportion zu bringen sind, lasse ich dahingestellt."

**Edler v. d. Planitz** in Berlin, Mitinhaber des Hauses F. W. Krause & Co., Bankgeschäft:

„Von einer Reise zurückgekehrt, finde ich Ihr gefälliges Schreiben vor. In der Zwischenzeit ist bereits im Berliner Tageblatt eine ausführliche Aeußerung über die Anregung betreffs einer berliner Abendbörse erschienen. Ich kann mich ihr vollinhaltlich anschließen und erlaube mir noch hinzuzufügen, daß nach meinen Informationen die frühere inoffizielle berliner Abendbörse von den großen Firmen nicht besucht wurde, daß es sich bei ihr hauptsächlich um den Arbitrageverkehr in wiener und pariser Werten handelte, und daß sie schließlich aus Mangel an allgemeinem Interesse einging."

**Ernst Simon** in Berlin, persönlich haftender Gesellschafter der Firma S. Kaufmann & Co.:

„Abendbörse in Berlin? Worum so vergnügungssüchtig! Die berliner Abendbörse längst vergangener Zeit bot den damals noch zahlreichen berliner Faiseurs Gelegenheit, sich auch des Abends die ihnen zu ihrem Leben unentbehrliche Börsenaufregung zu verschaffen. Provinz und Ausland pflegten die Abendbörse wenig zu beschäftigen, und das dürfte auch heute und sogar angesichts der augenblicklichen Spannung nicht anders sein. Die Märkte an den jetzt funktionierenden Abendbörsen sind überaus klein; etwaige Orders können häufig nur zu kleinem Teile ausgeführt werden, und zwar so, daß dem Auftraggeber z. B. ein Posten von Nom. 15 000 zerrissen und ihm dadurch die Möglichkeit genommen wird, den Rest an der folgenden Mittagsbörse im Ultimoverkehr zu erledigen.

Das Personal in der Provinz würde durch die Errichtung einer Abendbörse in Berlin kaum belastet werden; Börsenvertreter und Korrespondenten der berliner Bankgeschäfte würden dieselbe recht unangenehm verspüren.

Mir scheint eine Notwendigkeit für die Wiedererrichtung einer Abendbörse, selbst angesichts der gegenwärtigen politischen Verhältnisse, nicht vorzuliegen."

**Martin Cohn** in Berlin, Vorsitzender der Vereinigung selbständiger Makler an der berliner Fondsbörse:

„Die Stimmung in Maklerkreisen ist gegen eine berliner Abendbörse. Wir sind durch eine über dreistündige spekulative Vermittlertätigkeit dermaßen in Anspruch genommen, daß wir einer nochmaligen Tätigkeit am selben Tage nicht gewachsen wären. Die Pause wäre bei den großen Entfernungen zu kurzfristig, um unser Heim zu erreichen, und wir wären ohne Ruhe, die unbedingt eintreten müßte. Jetzt kommen wir um vier Uhr heim und haben alsdann vollauf mit der Verarbeitung unserer Geschäfte zu tun. Die newyorker Börsenzeit könnte ja nur zum kleinsten Teil mit einer hiesigen Abendbörse zusammenfallen, und da hier in der Hauptsache nur „Kanada" gehandelt werden, ohne daß Aussicht ist, daß mehr Amerikaner in absehbarer Zeit zugelassen werden, scheint mir das Bedürfnis, die Paritäten herzustellen, nicht dringend.

Bei großen bewegten Zeiten scheint es mir sicherlich besser, daß eine Nacht zwischen den Entschließungen liegt, die die Gemüter beruhigt.

Der offizielle Apparat wird nicht zu haben sein, und so dürfen sich große Unzuträglichkeiten bei Ausführung von Orders herausstellen.

Unsere Erwerbsmöglichkeiten sind schlecht, und mit Freuden würden wir die Gelegenheit ergreifen, unsere Tätigkeit zu erweitern, aber für eine Abendbörse ist keine Stimmung vorhanden."

**Max Fürstenberg** in Berlin, Vorsitzender des Deutschen Bankbeamten-Vereins:

„Mit einem entrüsteten: „das fehlte gerade noch" werden die Bankbeamten Berlins von der Idee gehört haben, hier eine Abendbörse einzurichten. Nun könnte man vielleicht sagen, daß die erste Aufwallung nicht immer die richtige zu sein braucht —

in diesem Fall aber kann man in der Tat, und zwar um so entschiedener, je länger man sich in die Sache vertieft, ausrufen: „das fehlte gerade noch!"

Daß volkswirtschaftliche, börsen- oder banktechnische Vorteile mit der Einführung einer solchen Abendbörse nicht verbunden sein würden, ist im „Plutus" bereits von durchaus sachverständiger Seite so überzeugend dargelegt worden, daß ich nicht nötig habe, diese Seite der Angelegenheit noch ausführlich zu erörtern. Ich darf aber wohl noch darauf hinweisen, daß die Kursschwankungen im abendlichen Verkehr, wie sich in Frankfurt a. M. zeigt, sehr stark sind, da weder in Paris, noch in London, noch in Wien Abendbörsen stattfinden, und somit der Ausgleich der Arbitrage, der im Mittagshandel möglich ist, wegfällt. Das Publikum würde also wahrscheinlich schlechter fahren, und diese Erkenntnis veranlaßt z. B. in Frankfurt viele, mit ihren Aufträgen der Abendbörse fernzubleiben, so daß der Verkehr dort ein ziemlich einseitiger ist. Aehnlich würde es wohl auch hier werden, und alles, was an Einrichtungen, Zeit und Arbeitkraft aufzuwenden ist, wird in keinem Verhältnis zu etwa erhofften Vorteilen stehen. Daß in Kriegszeiten oder bei wirtschaftlichen Katastrophen diese oder jene (nachmittags eintreffende) Meldung hier und da einmal besser und nachhaltiger verwertet werden könnte, mag sein. Wenn man aber z. B. jetzt beim Balkankrieg beobachtet, daß drei- oder viermal am Tage genau entgegengesetzte Depeschen in die Welt gejagt werden, dann muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß mancher vor Verlusten bewahrt worden ist, gerade weil keine Abendbörse vorhanden war.

Die allgemeine Hetze und Nervosität würden nur noch gesteigert, und die am meisten Leidtragenden würden die Angestellten sein.

Man vergegenwärtige sich den täglichen „Lebenslauf" eines Bankbeamten, wie er sich bereits heute abwickelt. In den meisten Fällen verläßt er seine Wohnung um 8 Uhr morgens. Wenn die erste Hälfte der Dienstzeit, gewöhnlich um 1 Uhr, beendet ist, dann rast er (es gibt keinen anderen Ausdruck) nach Hause, findet das Essen schon auf dem Tisch, und wenn er es kaum verzehrt hat, dann muß er sich schon wieder auf den Weg zu seiner Arbeitstätte machen. Der Tag bis 7 oder 8 Uhr ist für seine Familie und für ihn als Person nicht vorhanden, schon in normalen Zeiten. Kommen aber die (wochenlangen) Abschlußperioden, dann wird es ganz wesentlich später, und es gibt hier einzelne Bureaus in den Banken, manche Privatfirmen und viele Depositenkassen, in denen bis tief in die Nacht gearbeitet werden muß. Dazu kommt der einfach grauenerregende und ununterbrochene Lärm und Spektakel auf den Straßen, und dieses Toben dröhnt vielfach in die Bureaus und trägt dazu bei, die ohnehin nervenzerrüttende Tätigkeit noch gesundheitschädlicher werden zu lassen. (Keine Stadt der Welt außer Berlin läßt sich eine ähnliche Vergewaltigung durch die Transportgesellschaften gefallen — hier sehen Magistrat und Polizeipräsidium dem entsetzlichen Lärm ruhig zu und wundern sich nur immer, daß dauernd mehr Leute nach den Vororten ziehen!)

Und nun noch die Abendbörse! Sie würde eine dauernde und verstärkte Fortsetzung dieses Hastens und dieser Anspannung bis in die Nacht hinein bedeuten — Anstellung neuer Beamten? Wenn das so einfach wäre! Die Handlungunkosten steigen ja (wie wir oft genug hören) jetzt schon ununterbrochen, und jetzt schon muß gesagt werden, daß ein sehr erheblicher Teil der berliner (nicht nur dieser!) Kollegen nicht so besoldet ist, um einigermaßen sorgenfrei leben zu können. Die Teuerung mindert den Wert des Geldes fortwährend, und uns wenigstens wird niemand verübeln können, wenn wir zunächst an die bessere Besoldung der vorhandenen Kollegen denken, als für möglich halten, daß wegen der Abendbörse eine nennenswerte Vermehrung erfolgen kann.

Ganz abgesehen davon aber, erscheint es mir rein technisch unmöglich, die Frage der stärkeren Belastung in merkbarem Umfang durch Einstellung neuer Kräfte zu lösen. Es wird kaum möglich sein, „abendliche" oder „nächtliche" Bankbeamte eintreten zu lassen — der Effekt einer Abendbörse wäre meines Erachtens eine noch stärkere Inanspruchnahme der jetzigen Angestellten.

Die Einwirkung eines solchen abendlichen Verkehrs auf die durchgehende Arbeitzeit an den Sonnabenden würde wahrscheinlich auch eine sehr ungünstige sein, und wenn ein Gegenvorschlag erlaubt ist, so sei es der, die Börse an den Sonnabenden eine oder zwei Stunden früher beginnen zu lassen und entsprechend zeitiger zu schließen; erst dann käme der freie Nachmittag voll zur Geltung, und diese Maßnahme würde sich auch in Frankfurt, Breslau, Hamburg und an vielen anderen Orten sehr wohltätig bemerkbar machen.

Ganz besonders die Folgen einer berliner Abendbörse für die Kollegen zu untersuchen, war meine Aufgabe. Wie ich im Anfang dieser Darlegungen bereits erwähnte, haben führende Persönlichkeiten auf die Ueberflüssigkeit, ja Schädlichkeit in volkswirtschaftlicher und banktechnischer Beziehung hingewiesen, und so brauche ich kaum noch besonders auszusprechen, daß ich zu den entschiedenen Gegnern der Einführung einer berliner Abendbörse zähle."

**Kommerzienrat Alfred Löwenberg in Berlin,** Mitinhaber der Bankfirma G. Löwenberg & Co., und Mitglied der Handelskammer, ergänzt sein letztes Schreiben noch durch das folgende:

„Seit Einführung des Börsengesetzes würden wir gezwungen sein, auch an den Abendbörsen die amtlichen Notierungen durch die Kursmakler festzustellen, und ein offizielles Kursblatt nach Aufnahme der Protokolle durch den Börsenvorstand drucken und herausgeben zu lassen. Diese unvermeidliche Aufgabe würde eine bis zur späten Abendstunde dauernde Manipulation mit den dazugehöri-

gen Kräften und Hilfskräften bedingen. — Wer den Umfang der inneren geschäftlichen und mechanischen Vorgänge dieser Arbeit aus der Mittagsbörse praktisch kennt, wird auch aus diesem Grunde die Einrichtung der Abendbörsen nicht befürworten können.

Falls aber durchaus jemand noch am Nachmittag seine Engagements für den betreffenden Tag glattstellen will, so kann er dies selbst oder durch Vermittlung eines Bankhauses an der frankfurter oder hamburger Abendbörse bewerkstelligen. Tatsächlich haben aber, soweit ich höre, auch in der letzten lebhaften Epoche diese beiden Plätze keine sehr großen Aufträge für die Abendbörsen erhalten."

**Reinhold Steckner** in Halle a. S.:

„. . . Es mögen manche von den von Ihnen angeführten Gründen für gewisse Kreise der Spekulation eine solche Einrichtung wünschenswert erscheinen lassen, für uns Provinzialbankhäuser würde eine solche Einrichtung nach meinem Dafürhalten nicht von Bedeutung sein."

**Geheimer Kommerzienrat Sieskind-Sieskind** in Leipzig, Seniorchef der Firma H. C. Plaut:

„Ihr Schreiben hat meine volle Aufmerksamkeit. Ich erkenne die von Ihnen angeführten Gründe für Einführung einer berliner Abendbörse ohne Bedenken an, bin aber der Ansicht, daß die mit einem solchen Schritt verbundene notwendige Abänderung in betreff der Arbeitzeit und des Personals auf Schwierigkeiten stoßen würde, besonders bei den Bankfirmen außerhalb Berlins, und komme schließlich zu der Ueberzeugung, daß eine Notwendigkeit zur Einführung einer Abendbörse in Berlin nicht vorliegt, so daß ich derselben nicht das Wort reden kann."

**Magdeburger Bank-Verein** in Magdeburg:

„Wir können Ihnen nur mitteilen, daß wir zeitweise nicht unerhebliche Posten an der frankfurter Abendbörse handeln; diese Orders würden an einer Abendbörse in Berlin voraussichtlich wohl einen größeren Markt treffen, und dieser daher für unsere Kundschaft eine Annehmlichkeit bieten.

Wir erledigen die Orders, welche an der frankfurter Abendbörse für uns zur Ausführung gelangen, erst am nächsten Morgen; in gleicher Weise würden wir auch die an einer dortigen Abendbörse auszuführenden Orders erledigen, so daß eine erhöhte Arbeitleistung nur dann eintreten würde, wenn damit eine Vergrößerung des Geschäfts Hand in Hand ginge. In diesem Falle ist aber die Einstellung neuer Beamten ohnehin erforderlich; anders dürfte der Fall jedoch in Berlin liegen, da dort voraussichtlich noch am gleichen Abend, wie in Frankfurt a. M., die Bestätigungen der abgeschlossenen Geschäfte erfolgen müßten."

**Mitteldeutsche Privatbank** in Magdeburg:

„Wir haben bei der ganzen Art unseres Geschäfts ein Interesse an der Eröffnung eines Abendverkehrs an der berliner Börse nicht. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß uns lediglich in bewegten Zeiten, wie den jetzigen, Orders für die frankfurter und hamburger Abendbörse erteilt worden sind. Dies hat sich jedoch in einem so sporadischen und außerordentlich beschränkten Maße bewegt, daß wir ein Interesse an der Errichtung eines solchen Verkehrs nicht haben. Im übrigen weisen wir darauf hin, daß wir den Ultimoverkehr im allgemeinen nicht besonders kultivieren."

**Lucian Picard** in Frankfurt a. M., Mitinhaber der Firma Lazard Speyer-Ellissen:

„Die Einrichtung einer Abendbörse in Berlin würde ohne Zweifel in erster Linie eine Ausdehnung des Spekulationsgeschäfts bedeuten, auch die Arbitrage würde vielleicht etwas erweitert werden, indes ist die Anzahl der Arbitrageobjekte, in welchen an der Abendbörse sich das Geschäft entwickeln könnte, eine sehr geringe. Oesterreichische Werte kommen nicht in Betracht, da die wiener Börse bekanntlich um 2 Uhr schon schließt, und eine Abendbörse daselbst nicht stattfindet; ebenso verhält es sich mit Rußland. Blieben also nur die mit London, New York und Paris gemeinsamen Werte, von denen die Schlußkurse von London und Paris und die Notierungen der ersten Börsenstunden von New York an der einzurichtenden Abendbörse bekannt werden und Veranlassung zu Arbitragetransaktionen geben könnten. Nun beschränkt sich aber notorisch infolge des erhöhten Stempels die Arbitrage auf wenige Spekulationsobjekte, speziell auf die amerikanischen Werte: Canada und Baltimore & Ohio Shares, während in fremden Renten der früher lebhafte Verkehr mit den Westbörsen sehr zusammengeschrumpft ist. Die Bedeutung einer ev. Abendbörse wäre also schließlich in den inländischen Ultimo- und Kasse-Dividendenpapieren zu suchen. Ich möchte einer derartigen Einrichtung nicht das Wort reden. Soweit mir die berliner Verhältnisse bekannt sind, absorbieren die drei Börsenstunden mit einer mindestens halbstündigen Vor- und Nachbörse und der notwendigen Zeit für Frühstück oder Mittagbrot die physische und geistige Kraft der Angestellten und Makler derart, daß eine Ausdehnung der gleichen Arbeit auf die Abendstunden die Leistungfähigkeit und den Gesundheitzustand der Beamten beeinträchtigen müßte. Die Ansprüche, welche heutzutage an den Bankapparat, speziell an den geistigen Teil desselben, gestellt werden, sind sehr groß. Die betreffenden leitenden Angestellten kommen schon heute nicht mehr dazu, die Zeitung- oder andere Literatur ausgiebig in sich aufzunehmen. Es würde sich also für die Banken und Bankiers die Notwendigkeit ergeben, für die Mittags- und für die Abendbörse getrenntes Personal heranzuziehen, eine Verteuerung, welche, abgesehen von den Personalschwierigkeiten, bei einer Entscheidung in die Wagschale fallen sollte. Wirklichen Vorteil, wenn man dies Vorteil nennen kann, hätten also wohl nur die spekulierenden Kreise. Im großen und ganzen ist ja übrigens auch nicht gesagt, daß durch

rascheres Ausnutzen von Nachrichten den Börsenkreisen ein Vorteil erwächst. In vielen Fällen hat es sich bisher als besser erwiesen, wenn man über derartige Nachrichten „schlafen“ konnte, denn der Eindruck, welchen dieselben, wenn sie innerhalb der Börsenstunden eingetroffen wären, ohne Zweifel hervorgebracht haben würden, hat durch die Möglichkeit längerer Ueberlegung meist an Kraft viel eingebüßt.

Ein Vergleich mit der frankfurter und der hamburger Abendbörse läßt sich nicht wohl ziehen: Die berliner Börse ist an Bedeutung den ersteren beiden Plätzen so sehr überlegen, daß bei diesen die vorstehend aufgeführten Faktoren — leider — gar nicht in Frage kommen. In Paris, wo früher ebenfalls Abendverkehr stattfand, ist derselbe vor Jahren eingestellt worden; in Petersburg wurde derselbe bekanntlich vor einigen Tagen untersagt. Berlin sollte, meines Erachtens, von einer derartigen Einrichtung zurzeit absehen; allenfalls könnte die Frage einer kleinen Verlängerung der Börsenzeit durch früheren Beginn und späteren Schluß zur Erörterung gestellt werden.“

**G. v. Pachalys Enkel** in Breslau:

„Naturgemäß begegnen die Erörterungen über die Errichtung einer offiziellen Abendbörse in Berlin auch in den Kreisen der Provinzbankiers dem lebhaftesten Interesse. Die Meinungen über die Zweckmäßigkeit und praktische Bedeutung der Einrichtung mögen geteilt sein. Für den Bankier in der Provinz, der doch hauptsächlich nur ein Effektenkommissionsgeschäft betreibt, würde meines Erachtens eine Abendbörse aber nur in sehr geringem Maße jene Bedeutung haben, die nach Ansicht ihrer Förderer hauptsächlich darin liegen soll, unerwartet eintreffende Ereignisse möglichst schnell börsenmäßig eskomptieren zu können. Der Kommittent in der Provinz würde in Anbetracht der kurzen Zeitdauer einer Abendbörse, selbst wenn ihm wichtige Ereignisse überhaupt so schnell bekannt werden, nur selten in der Lage sein, mit seinen Dispositionen rechtzeitig den berliner Markt zu erreichen. Die praktische Ausnützung der Einrichtung bliebe in der Hauptsache also denjenigen vorbehalten, die in Berlin selbständig die unmittelbarsten Beziehungen zur Börse haben, d. h. den dortigen Banken und regelmäßigen Börsenbesuchern.

Daß die Spekulation ganz allgemein durch eine Abendbörse gesteigert werden dürfte, ist mit der Erweiterung der Börsenzeit, die dann naturgemäß an einem Tage auch mehr Stimmungschwankungen zuläßt, wohl ohne weiteres verbunden. Ich möchte zu bedenken geben, daß gerade dieser Umstand von den Gegnern der Börse stark betont werden dürfte. Schließlich bliebe ja selbstverständlich auch eine Rückwirkung auf die Arbeitansprüche an die beteiligten Beamtenkörper der Banken nicht aus, die mit den jetzigen Tendenzen für die Gestaltung der Arbeitzeit nicht ohne weiteres in Einklang gebracht werden könnte.

Alles in allem glaube ich deshalb von meinem Standpunkt aus der Idee einer berliner Abendbörse eher ablehnend gegenüberstehen zu sollen.“

Diesem Briefe seiner Firma fügt Herr **v. Wallenberg-Pachaly** persönlich noch die folgende Glosse hinzu:

„Bin ganz dagegen, würde befürworten, Börsenfeiertage einzurichten, um den Angestellten mehr Ruhe geben zu können.“

**Eichborn & Co.** in Breslau:

„In Beantwortung Ihres Schreibens können wir uns nicht der Meinung derer anschließen, die die Einrichtung von Abendbörsen für Berlin als dringend notwendig oder wünschenswert bezeichnen.

Wir sind naturgemäß im allgemeinen nur in der Lage, uns diese Frage vom Standpunkte der Provinz aus vorzulegen, woraus sich ergibt, daß die finanziellen und technischen Vorteile, die für Berlin aus der Verteilung der Arbeitfülle resultieren können, für uns nicht maßgeblich sind.

Gegen die Einrichtung einer Abendbörse spricht für uns erstens hauptsächlich der Gesichtspunkt, daß unzweifelhaft mit der Einrichtung einer derartigen Börse ein vermehrter Anreiz und eine größere Möglichkeit zur Spekulation für weite Kreise gegeben werden würde.

Wir sind aber der Ansicht, daß in Deutschland und speziell auch in Berlin leider schon mehr als genug und in viel zu weiten Kreisen, auch von Unberufenen, mit fremdem Gelde spekuliert wird und daß die Nervosität, die sich bei politischen oder anderen Ereignissen in großen Kurssprüngen bemerkbar macht und die Allgemeinheit wirtschaftlich sehr schädigt, nicht so ausgesprochen vorhanden sein würde, wenn vom Publikum weniger spekuliert würde.

Die Einrichtung einer Abendbörse würde zweitens, wie richtig ausgeführt wird, unbedingt eine erhebliche Vermehrung des mit der Erledigung der Börsengeschäfte betrauten Personals nicht nur in Berlin, sondern auch in der Provinz notwendig machen und dadurch verstärkt in dem Sinne wirken, daß seitens der Banken und Bankfirmen, die die größeren Spesen aufzubringen haben, der Spekulation des Publikums nicht zurückdrängend, sondern eher fördernd gegenübergestanden werden würde.

Was speziell die Vermehrung des Personals in der Provinz anbelangt bzw. die Vergrößerung der Spesen, die durch die Einrichtung einer berliner Abendbörse notwendig werden würden, so würde, selbst wenn der Verkehr stark zunehmen sollte, was wir aber an sich, wie schon ausgeführt, nicht als einen Vorteil bezeichnen können, trotzdem kaum zu erwarten sein — mit Ausnahme von einigen wenigen Firmen —, daß die erhöhten Spesen bei solider Geschäftshandhabung herausgebracht werden, da durch die in der Provinz herrschende starke Konkurrenz die für die Vermittlung von Börsenaufträgen seitens des Publikums gezahlte

Provision auf ein Minimum zusammengeschrumpft ist. Für Berlin würden wohl zweifellos die erhöhten Spesen und noch mehr verdient werden, da ja das spekulierende Publikum Deutschlands schon heute, wenigstens in gewissen Teilen des Landes, für jeden Auftrag Berlin provisionspflichtig ist, ganz abgesehen von den dort auszunutzenden Kompensationsmöglichkeiten.

Da selbstverständlich eine derartige Abendbörse nun doch nicht auch an anderen deutschen lokalen Börsenplätzen eingeführt bzw. zugelassen werden dürfte, selbst wenn eine solche in Berlin eingerichtet würde, so käme als drittes Moment, das für uns vom Standpunkte der Provinz gegen die Errichtung einer berliner Abendbörse spricht, hinzu, daß durch die Einrichtung einer Abendbörse in Berlin die Bedeutung der lokalen Börsen in der Provinz noch mehr als bisher schon verringert werden würde.

Was endlich die technische Abwicklung beziehungsweise Weitergabe und Berechnung der für die Kundschaft an der Abendbörse ausgeführten Orders anbelangt, so würde eine solche für Berlin ja verhältnismäßig nicht zu schwer sein, da dort in den Börsenstunden selbst und direkt von der Börse aus die Aufträge telegraphisch weitergegeben werden und die schriftliche Bestätigung am nächsten Morgen folgen kann. Für die Provinzfirmen jedoch entsteht die Frage, ob sie die von der Abendbörse einlaufenden Ausführungtelegramme nun auch ihrerseits der Kundschaft am selben Abend bestätigen sollen, was mit einer nicht abzusehenden Verlängerung der Arbeitzeit, die sehr unerwünscht wäre, verknüpft sein würde, oder ob sie damit bis zum nächsten Morgen warten sollen, wo inzwischen ganz neue Meldungen, speziell in Zeiten politischer Unruhe, vorliegen können, die die Tendenz der Börse vom Abend vorher als vollkommen verfehlt erscheinen lassen und für etwaige unlautere Elemente den Anreiz bieten können, ihre Klientele in der einen oder anderen Form zu „schneiden".

Wir halten es endlich auch psychologisch für richtiger und besser für das spekulierende Publikum, wenn diesem nicht Gelegenheit geboten wird, jedem auf sich einstürmenden Eindruck Folge zu geben und unter diesem Eindruck zu kaufen oder zu verkaufen; während das spekulierende Publikum durch die sehr erwünschte Frist von einer Mittagsbörse bis zur anderen Zeit hat, sich seine Operationen mit mehr Muße und Ruhe zu überlegen, als wenn es von der Mittagsbörse bis zur Abendbörse und von der Meldung der Kurse der Abendbörse, die es am frühen Morgen liest, bis zur Mittagbörse immer wieder vor neue Entschließungen gestellt wird, die leicht übereilte sein und vielfach mehr auf der Phantasie als auf ruhigem objektivem Ueberlegen der Tatsachen basieren würden."

**Schlesischer Bankverein** in Breslau:

„Nach unserer Ansicht liegt keinerlei berechtigtes wirtschaftliches Bedürfnis für die Schaffung einer Abendbörse in Berlin vor.

Vom Standpunkt der Provinzbank möchten wir dabei noch besonders betonen, daß, abgesehen von der dadurch bedingten, durch kein Allgemeininteresse gerechtfertigten, größeren Arbeitbelastung der Beamten, bei den meisten Provinzbanken auch erhebliche technische Bedenken einer solchen Einrichtung entgegenstehen. Die Bearbeitung der Ergebnisse einer berliner Abendbörse könnte unmöglich noch an demselben Tage erfolgen; die Erledigung am nächsten Werktage würde aber offensichtlich Unzuträglichkeiten, namentlich auch im Verkehr mit den Kommittenten, zur Folge haben."

**E. Heimann** in Breslau:

„Ich kann mich dem Verlangen nach Abhaltung einer Abendbörse in Berlin nicht anschließen, da diese nicht geeignet erscheint, den Tagesverkehr zu entlasten. Wohl aber würde diese einen Anreiz zur Vergrößerung der Spekulation geben, was für den soliden Bankier nicht erwünscht sein kann. Die eintägige Pause im Börsenverkehr hat sich gerade im Interesse der Solidität als segensreich erwiesen, da in erregten Zeiten die Pause die Gemüter zu beruhigen und eine abgeklärtere Auffassung der Ereignisse herbeizuführen pflegt. Die bestehenden Abendbörsen in Frankfurt und Hamburg genügen meines Erachtens vollständig, um im Einzelfalle auf speziellen Wunsch der Kunden dort Transaktionen auszuführen. Die Erfahrungen, die die Kunden hierbei machen, sind nicht immer günstig, da oft schon mäßige unlimitierte Beträge genügen, um an der Abendbörse die Kurse wesentlich zu beeinflussen.

Wie schon in Ihrem Artikel erwähnt, tritt zu obigen sachlichen Bedenken als wichtiges Moment der ungünstige Einfluß auf die Arbeitzeit, welcher mit der Errichtung einer berliner Abendbörse zweifellos verbunden sein würde. Einmal würde der Verkehr mit dem Publikum sich nachmittags länger hinausziehen, da dasselbe noch spät Orders erteilen und die eintreffenden Kurse aus Berlin abwarten würde. Andererseits würden die Kunden verlangen, an demselben Tage noch eine Benachrichtigung über die Ausführungen an der berliner Abendbörse zu erhalten. Es würden somit für den Wochentagsschluß ähnliche unangenehme Erscheinungen eintreten, wie sie sich in der Provinz beim Sonnabendfrühschluß zeigen. Das späte Eintreffen der berliner Ausführungmeldungen — welche noch am selben Tage weiter gegeben werden müssen — macht bekanntlich in der Provinz für manche Ressorts des Bankgeschäfts einen rechtzeitigen Frühschluß am Sonnabend unmöglich."

# Revue der Presse.

Auf Grund sehr eingehender Darstellungen der türkischen Finanzen und der ottomanischen Staatsschuldenverwaltung, insbesondere aber der von den Gläubigerstaaten eingesetzten Finanzkontrolle, der Dette publique, gibt die Frankfurter Zeitung in einer Artikelserie (6., 7. und 8. November) eine Uebersicht über das Kapitel:

### Die Türken und ihre Gläubiger.

Wie schon mehrfach in der Presse betont wurde, ist es wahrscheinlich, daß im Falle von Gebietsabtretungen die siegreichen Balkanstaaten für die auf den betreffenden Landesteilen ruhenden Schulden der Türkei aufkommen werden, da sie, selbst auf den europäischen Kapitalmarkt angewiesen, sich dessen Sympathien nicht verscherzen können. Da jedoch ein Versprechen des Balkanbundes, jährlich eine bestimmte Summe an die Dette zu zahlen, infolge der geringen Finanzkraft jener Staaten nicht so hoch bewertet werden kann, wie beispielsweise die türkischen Forderungen an Italien, so wäre es für die europäischen Gläubigersyndikate ratsam, darauf zu bestehen, daß der Balkanbund unter Aufnahme eigener Anleihen die betreffenden Schuldentilgungbeträge kapitalisiert zur Auszahlung an die Dette publique bringen würden. Allerdings müßte bei Berechnung der zu zahlenden Beträge berücksichtigt werden, daß die Einkünfte der Dette in den letzten Jahren sich in ständig aufsteigender Kurve bewegt haben; ist doch im Rechnungjahre 1911/12 ein Plusvalue von 1,9 Mill. t£ gegen 495 000 im Jahre 1906/07 zu verzeichnen. Da diese Ueberschüsse auf Grund rechtsgültiger Abmachungen zu einem Teil der verstärkten Tilgung der Unifizierten Anleihe und der Türkenlose zugute kommen, würde sich bei deren Ausfall eine Verzögerung dieser Tilgungen ergeben. — Die Einkünfte der Dette stammten, und das ist symptomatisch für die Beurteilung der Finanzkraft der zukünftigen aus Europa verdrängten Türkei, zu mehr als 2/3 aus Asien und nur zu knapp 1/3 aus Europa. Die Dette verwaltet direkt von den ca. 2 3/4 Milliarden Franken türkischen Staatsschulden ungefähr für 50 Mill. t£, also fast 1 1/4 Milliarden Fr. Nebenher verwaltet sie noch andere Anleihen und die Pfänder für die sog. Kilometergarantien der Türkei für die von Europa finanzierten Eisenbahnen im Gesamtbetrage von 26,13 Mill. t£. 47,12 Mill. t£ werden mit geringfügigen Ausnahmen nicht von der Dette verwaltet. Die Einnahmen der Dette zerfallen in die Révenus concédés, die sich aus den Einkünften aus dem Verwaltungdienst der Dette, dem Anteil an den Einnahmen der Tabakregie und aus dem 3%igen Zollzuschlag zusammensetzen und 1911/12 einen Bruttoertrag von 5,06 Mill. t£ und einen Nettoertrag von 4,13 Mill. t£ erbrachten, sowie in die Révenus divers, die im Rechnungjahr 1910/11 2,54 Mill. t£ brachten. Auf den Révenus concédés ist der Dienst der Unifizierten Türken und der Türkenlose, auf den Révenus divers der der 4% konf. (Osmanie) Anleihe von 1890, der 4% Administrationsanleihe von 1903, der 4% Heeresbewaffnunganleihe von 1905 und der 4% Anleihe für die Bagdadbahn, Serie 1 und 2, aufgebaut. Auf den Révenus divers sind auch die sog. Kilometergarantien basiert, die für fünf Eisenbahnstrecken erteilt sind. Ohne Mitwirkung der Dette werden die 3 1/2% Anleihe von 1894, die 4% Zollanleihe von 1902, sowie die 4% Anleihe von 1908 verwaltet. — Wenn auch, wie oben angedeutet, die Einnahmen der Dette aus einem europäischen Landverlust nicht allzusehr geschmälert werden, so ist doch für die ersten Jahre nach Beendigung des Krieges natürlich mit bedeutenden Ausfällen aus Asien, infolge der Einberufung der männlichen Landbevölkerung, der starken Menschenverluste und des langen Stockens des Außenhandels zu rechnen. Da die Türkei jedoch auch naturgemäß neuen Geldbedarf hat, also die Schuldentilgungsummen sich bald noch vergrößern werden, so ist eine Steuerreform, sowie die schon längst verlangten Zollerhöhungen anzustreben. — Trotzdem die letzten Wochen des laufenden Jahres noch manche unliebsame Ueberraschung bringen können, lassen sich doch schon in den Bankdirektionen ungefähr die

### Jahresergebnisse der Großbanken

übersehen. Die Kölnische Zeitung (6. November) stellt die authentischen Meinungäußerungen der Leiter der berliner Großbanken — mit Ausnahme der Berliner Handelsgesellschaft, die mit ihrem Urteil noch vorsichtig zurückhält — zusammen. Als übereinstimmendes Charakteristikum sämtlicher Berichte ist zu erwähnen, daß bis zum Oktober, der die Zuspitzung der Balkankrise brachte, die Geschäfte sich bei sämtlichen Banken derart günstig entwickelt hatten, daß mit erheblichen Mehreinnahmen zu rechnen gewesen wäre. Stand das Jahr 1912 doch im Zeichen der Hochkonjunktur und der hohen Zinssätze. Die starken Kursrückgänge, die der Oktober gebracht hat, und die zu mehr oder minder großen Abschreibungen der Banken auf den Effekten und Konsortialbeständen führen werden, dürften jedoch, falls nicht ganz besonders schwerwiegende politische Zwischenfälle eintreten, kaum zu Beeinträchtigungen der Gewinne, an denen des Vorjahres gemessen, führen. Denn die im Wertpapiergeschäft erlittenen Ausfälle werden überall wettgemacht durch die bedeutende Zunahme des Kontokorrentgeschäfts und die hohen Zins- und Provisionseinnahmen. Ist doch die Inanspruchnahme der Banken durch die mit Hochdruck arbeitende Industrie gewaltig gewesen — die Kontokorrentkredite der acht berliner Großbanken sind von Beginn des Jahres bis zur Veröffentlichung der letzten Zweimonatsbilanz von 3 auf 5,9 Milliarden ℳ gewachsen — und war doch auch das Börsengeschäft bis zur Mobilmachung der Balkanstaaten äußerst lebhaft.

Die Deutsche Bank, die am stärksten im Orient engagiert ist, ist durch Abschreibungen derart gedeckt, daß ihr ein nennenswerter Schaden aus Anleihegeschäften nicht entstehen kann; auch auf die Entwicklung der von ihr finanzierten Eisenbahnen fürchtet sie durch den Krieg keine ungünstige Einwirkung. Die Bank wird deshalb aller Voraussicht nach wieder $12\frac{1}{2}$ % Dividende verteilen. An ihrem vorjährigen Satz von 10 % wird auch die Diskonto-Gesellschaft festhalten, die noch neben der Schilderung des lebhaften Geschäftsganges besonders auf ihre aussichtreichen Beteiligungen im mitteldeutschen Braunkohlenrevier und im norwegischen Erzbergbau hinweist. Die Dresdner Bank, die ebenfalls keinen Grund sieht, unter die vorjährige Dividende von $8\frac{1}{2}$ % herabzugehen, weist besonders auf die Entwicklung des internationalen Warenverkehrs hin. Ihre Beteiligung an der Deutschen Orientbank, deren Schwerpunkt in dem vom Krieg wenig tangierten Aegypten liegt, wird keine Ausfälle bringen. An ihren Dividenden von $6\frac{1}{2}$ % resp. 7 % durften auch die Darmstädter und die Nationalbank festhalten; lediglich der A. Schaaffhausensche Bankverein, der zu bedeutenden Abschreibungen, teils wegen Gefährdung seiner Engagements am berliner Baumarkt, teils um den inneren Status des Unternehmens zu kräftigen, genötigt ist, wird eine Dividendenreduktion von $7\frac{1}{2}$ % auf 6 % vornehmen müssen. Die Commerz- und Discontobank vermag angesichts der politischen Ungewißheit noch keine bestimmte Dividendentaxe abzugeben, die Mitteldeutsche Creditbank wird wieder $6\frac{1}{2}$ % verteilen. — Die Frankfurter Zeitung (9. November) bespricht das vor kurzem erschienene Buch Alfred Bosenicks

**Neudeutsche gemischte Bankwirtschaft.**

An Hand von instruktiven Tabellen zeigt der Verfasser unter anderem die Zusammensetzung der Bruttogewinne der berliner Großbanken in der Zeit von 1871 bis 1910. An der Gesamtsumme, die von 20 Mill. ℳ im Jahrfünft 1871/75 auf 201 Mill. im Jahrfünft 1906/10 anwuchs, partizipierten die Provisionen 1871/75 nur mit 17 %, 1906/10 aber mit 27 %. Die Zinsen usw. gingen ihrem Anteil nach nur unbedeutend von 50 auf 49 % zurück, die Effektengewinne jedoch von 26 auf 15 %. Bankbeteiligungen brachten 9 gegen 7 %. Die Verwaltungkosten stiegen beispielsweise bei der Deutschen Bank in diesem Zeitraum von 1,60 auf 28,55 Mill., und eine Gegenüberstellung zeigt, daß sie sich überall stärker als die Reingewinne vermehrt haben. Sehr interessant ist Bosenicks Darstellung, besonders da, wo sie sich auf die Liquidität der berliner Großbanken in der geschilderten Periode bezieht. Da ergibt sich eklatant eine sehr bedenkliche Verschlechterung des Verhältnisses der Verbindlichkeiten zu den leicht greifbaren Beständen. Bei einzelnen Banken ergeben sich ganz besonders auffällige Verschiebungen des Status. Bei der Dresdner Bank senkte sich die Liquiditätziffer von 97,5 auf 54,4 %, bei der Commerz- und Disconto-Bank von 111,7 auf 56,2 %. Bei der Handelsgesellschaft, die im Zeitraum 1886/90 eine Liquiditätziffer von 101 % aufwies, ist man 1906/10 mit 60,6 wieder auf den ungefähren Stand von 1871/75 mit 60,3 angelangt. Beim Schaaffhausenschen Bankverein ist eine Senkung von 69,5 auf 37,9, bei der Darmstädter Bank von 94,9 auf 57,2 (1876/80 hielt man auf 106,2 %!) und bei der Disconto-Gesellschaft von 74,3 (1876/80 105,8) auf 49,4 zu beobachten. Sehr deutlich prägt sich insbesondere das Rückströmen der flüssigen Mittel nach dem großen Krach zu Beginn der 70er Jahre zu den Banken in den Liquiditätziffern aus. — Das unaufhaltsame Sinken des Kursniveaus der festverzinslichen Werte hat naturgemäß auch zu starken

**Kursverlusten der Versicherunggesellschaften aus deutschen Staatspapieren**

geführt. Wie die Kölnische Volks-Zeitung (7. November) einer Statistik der Vereinigung der deutschen Privatversicherung entnimmt, haben in den acht Jahren 1903/1910 125 Versicherunggesellschaften auf einen durchschnittlichen Jahresbestand an Staatspapieren von 183 Mill. ℳ Kursverluste von $15\frac{1}{2}$ Mill. ℳ, d. h. einen jährlichen Verlust von 1,06 %, abschreiben müssen. Obwohl die Papiere bei den gegenwärtigen Kursen eine Verzinsung von $3\frac{3}{4}$ % ergeben, verzinst sich infolge der Verluste das in ihnen investierte Vermögen nur mit 2,69 %, gegenüber dem durchschnittlichen Zinsertrage von $4\frac{1}{4}$ %, den die Anlage in ersten Hypotheken erbringt. Die direkte Folge dieser Kursverluste ist die Erhöhung der Konditionen der Versicherunggesellschaften, insbesondere für das Lebensversicherunggeschäft. — Die fortgesetzt starken Schädigungen der Industrie durch den in diesem Jahr in ungeahnt starkem Maße auftretenden Wagenmangel geben der Berliner Morgenpost (6. November) Gelegenheit auf einen einige Jahre zurückliegenden Vorschlag Dr. Walter Rathenaus und Prof. Cauers zur

**Reform des Güterverkehrs**

hinzuweisen. Die beiden Autoren, die über die Verhütung von Unzuträglichkeiten hinaus die Aufgaben der Eisenbahnverwaltung in einer wirklich großzügigen Eisenbahnpolitik sehen, die unserer Industrie Frachtermäßigungen, neue Expansionsmöglichkeiten und damit vermehrte Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande verschaffen sollte, fordern in erster Linie die Trennung des Gütertransportes von dem Personentransport. Als Erfordernisse der separaten Güterzüge stellen sie gleichmäßige Fahrgeschwindigkeit, dichte Zugfolge und möglichst großes Fassungsvermögen der Züge auf. Die Autoren haben für eine Linie, die den rheinisch-westfälischen Industriebezirk mit Berlin verbinden soll, eingehende theoretische Rentabilitätberechnungen aufgestellt; sie sind zu der Ansicht gelangt, daß selbst die billigsten der heutigen Frachttarife sich bei Anwendung ihrer Vorschläge auf die Hälfte, ja sogar auf ein Viertel reduzieren lassen. Es ist nur zu wünschen, daß der Eisenbahnfiskus, dessen Verkehrspolitik sich jetzt wieder in ihrer ganzen Unzulänglichkeit zeigt, diese Postulate

und Vorschläge einer ernsthaften Prüfung unterzieht. — Eine londoner Korrespondenz desselben Blattes (8. November) stellt einen

**Boom in englischen Kohlen**

fest. Der Ansturm der Käufer ist gegenwärtig gewaltig. Die Eisenindustrie, die in letzter Zeit wieder viele Hochöfen angeblasen, hat einen steigenden Bedarf an Koks und Kokskohle. Auch die Gas- und Elektrizitätwerke haben, da die Kaufkraft der Bevölkerung infolge der höheren Arbeitlöhne gestiegen ist, bedeutende Eindeckungen zu machen. Ganz besonders hat der Balkankrieg jedoch auf den Kohlenmarkt eingewirkt; nachdem erst Griechenland seinen Bedarf an Schiffskohle nach der Mobilmachung schleunigst deckte, sind nunmehr die Flotten sämtlicher europäischer Großmächte zu sehr umfangreichen Kohlenkäufen geschritten, die um so eher preissteigernd wirken mußten, als sie plötzlich zusammentrafen und auch schon vorher die stark beschäftigten Handelsflotten einen sehr großen Bedarf aufgewiesen hatten. Neben dem überaus starken Abruf ist aber die Ursache des „Booms" darin zu sehen, daß die Grubenbesitzer infolge des letzten Streikes und auch infolge des anfänglich starken Widerstandes, den die Konsumenten der Abwälzung der durch die Lohnerhöhungen erwachsenen erhöhten Gestehungkosten auf sie entgegensetzten, keine sehr großen Läger unterhielten und nach dem Einsetzen der stürmischen Nachfrage nicht genügend Eisenbahnmaterial und Schiffsraum zur Verfügung hatten. — Richard Calwer berichtet in seiner Wirtschaftlichen Correspondenz (9. November) über

**Textilindustrie und Teuerung.**

Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich als Reaktion auf die Lebensmittelteuerung ein starkes Nachlassen des Verbrauchs an Textilwaren ergeben. In den Geschäftsergebnissen der Aktiengesellschaften, die bis jetzt ihre Bilanzen veröffentlicht haben, kommt dieser Rückschlag zahlenmäßig sehr stark zum Ausdruck. Bei 255 Gesellschaften, die mit einem Nominalkapital von 483,8 gegen 477,7 Mill. ℳ i. V. arbeiteten, fiel die Dividendensumme von 38,39 Mill. ℳ auf 33,56, die Durchschnittsdividende also von 8 auf 6,9 %. Bei den Baumwollspinnereien beziffert sich der Dividendenrückgang auf 0,7 %, es wurden durchschnittlich 5,5 gegen 6,2 % i. V. ausgeschüttet. Besonders stark ist der Gewinnrückgang bei den Baumwollwebereien, wo die Durchschnittsquote von 7,7 auf 6,2 % fiel. Bei den Baumwollspinnwebereien ist eine Reduktion der Dividendensätze von 5,2 auf 3,4 % zu beobachten. Der am besten rentierende Zweig der Textilindustrie, die Kammgarnspinnerei, ist ebenfalls genötigt, seine Durchschnittsdividende, die immerhin noch 8,6 % beträgt, um 1,7 % zu reduzieren. — Für die zunehmende

**Monopolisierung der Elektrizitätindustrie**

bringt derselbe Autor am 7. November zahlenmäßige Angaben. Die Summe der Neuinvestitionen in der Elektrizitätindustrie betrug bisher in dem Zeitraum Januar-September 1912 38,72 Mill. ℳ. Hiervon entfallen allein auf Kapitalserhöhungen 31,7 Mill.; auf Neugründungen dagegen nur 6,99 Mill. Im Vorjahre stellte sich noch die Summe des für Neugründungen aufgewandten Kapitals auf 17,61 Mill. Mark, wähernd auf Kapitalserhöhungen 18½ Mill. entfielen. Ein Blick weiter zurück zeigt, wie stark sich zu ungunsten der Neugründungen das Verhältnis in kurzer Zeit verschoben hat, übertraf doch im Jahre 1907 noch die Summe der für Neugründungen verwandten Gelder mit 26,7 Mill., die der für Kapitalserhöhungen mit 2,9 Mill. ℳ um das neunfache. —

# Aus den Börsensälen.

Die Zurückhaltung, die nun schon seit mehreren Wochen in sehr ausgeprägtem Masse die Privatspekulation beherrscht, hält noch immer an, und sie ist bei der gegenwärtigen politischen Lage überaus begreiflich. Solange ein bedeutender Konjunkturrückgang noch nicht eingetreten ist, vertreten viele Effektenbesitzer den Standpunkt, dass nach einer Beilegung des Balkankrieges und nach einer Einigung in den zwischen Oesterreich und Serbien schwebenden Differenzen an allen Börsen eine recht starke Unternehmunglust Platz greifen müsse. Diejenigen, die nun auch der Meinung sind, dass der Krieg zwischen den Balkanstaaten keine ernsteren Verwickelungen zur Folge haben werde, wollen sich daher von ihren Effektenengagements nicht trennen, nehmen aber andererseits auch keine spekulativen Käufe vor. Die Zahl derer, die anderer Ansicht sind und sich bei ihren Börsengeschäften durch die politische Situation beeinflussen lassen, scheint vorläufig gering zu sein; noch weniger Effektenbesitzer glauben aber daran, dass selbst im Falle einer friedlichen Beilegung des jetzigen österreichisch-serbischen Streites die industrielle Lage eine Verschlechterung erfahren werde. Trotzdem an den Börsen somit immer noch eine verhältnismässig optimistische Stimmung vorherrscht, treten doch mit kurzen Unterbrechungen Kursrückgänge ein, so dass die Kurse allmählich ein niedrigeres Niveau einnehmen. Gerade in dieser Woche trat die kürzlich an dieser Stelle geschilderte Erscheinung hervor, dass in dem Augenblick, wo unfreiwillige Positionslösungen vorgenommen werden müssen, sich der Mangel an neuen Käufen empfindlich bemerkbar macht. Wenn erst der Fall eintreten sollte, dass das Privatpublikum ernsthaft einen Krieg zwischen Deutschland und anderen Staaten oder auch zwischen Oesterreich und Serbien für wahrscheinlich hält, müssten empfindliche Rückschläge erfolgen. Würde die Ueberzeugung an Anhängern gewinnen, dass die industrielle Konjunktur vorläufig zu Ende ist, so wäre ebenfalls ein starker Kursrückgang unvermeidlich, aber dieser könnte sich doch alsdann in einem langsameren Tempo

vollziehen. In bezug auf die industrielle Lage liegen nun freilich bereits verschiedene Nachrichten vor, die deutlich zeigen, dass der Krieg sich fühlbar zu machen beginnt. In der Eisenindustrie tritt eine grössere Zurückhaltung hervor, und während vor kurzem noch in den Generalversammlungen sehr günstige Erwartungen an das laufende Geschäftsjahr geknüpft wurden, wird jetzt bereits offiziell von einem Rückgang der Aufträge berichtet. So hat die Verwaltung des Phönix erklärt, dass im Oktober infolge des Balkankrieges weniger Aufträge eingegangen sind, und in der Generalversammlung des Eisenwerks Hoesch wurde ebenfalls von einer (allerdings nur geringen) Abnahme der Geschäftstätigkeit gesprochen. Aber diesen Aeusserungen legt die Börse kein sehr grosses Gewicht bei, weil sie annimmt, dass diese direkten Wirkungen des jetzigen Krieges in dem Augenblick geschwunden sind, wo der Friede geschlossen ist. Da die bulgarischen Truppen nicht mehr weit von Konstantinopel entfernt sind, und die türkische Hauptstadt allgemein als das Endziel für das Vordringen des feindlichen Heeres betrachtet wird, so rechnet die Spekulation mit einem baldigen Friedensschluss. Die indirekten Wirkungen des Krieges finden zurzeit nur sehr wenig Beachtung, obgleich sie viel grösser sind als die direkten. Diese bestehen nicht nur in einer Abnahme des Exportes nach denjenigen Ländern, die deutsche Waren weiterverarbeiten und die fertigen Produkte nach dem Balkan versenden, sondern auch in den Folgen der Zurückhaltung, die innerhalb aller Zweige der Industrie durch die Möglichkeit einer Verwickelung zwischen den Grossmächten hervorgerufen wird. Im Zusammenhang hiermit ist auch daran zu erinnern, dass die starke Anspannung, die neuerdings der Geldmarkt aufweist, zwar ebenfalls in der Hauptsache nur nur durch den Balkankrieg veranlasst ist, aber dennoch die Banken zur Einschränkung der Kreditgewährung nötigen muss. Auch hierdurch kann also eine Rückwirkung auf die Lage der Industrie schwerlich ausbleiben.

* * *

In all den Tagen der Enttäuschung ist die Spekulation auch noch in anderer Beziehung einer Hoffnung beraubt worden. Vielfach wurde erwartet, dass nach der amerikanischen Präsidentenwahl ein grosser wirtschaftlicher Aufschwung in den Vereinigten Staaten und an der newyorker Börse aus diesem Grunde eine starke Aufwärtsbewegung einsetzen werde. Diese Annahme stützte sich darauf, dass Handel und Industrie vor der Entscheidung der Wahl sich gewöhnlich Einschränkung aufzuerlegen pflegen, die aber beseitigt ist, wenn der neue Präsident sein Amt antritt. In diesem Jahre hat das amerikanische Wirtschaftleben allerdings die Wahlvorbereitungen nicht erheblich zu spüren bekommen. Der Feldzug gegen die Trusts hatte das gewerbliche Leben Amerikas schon im vorigen Jahre so bedrückt, dass die newyorker Finanzkreise zu der Auffassung gekommen waren, auch die Wahl eines Demokraten könne die Industrie nicht mehr schädigen, als die unter der Fahne der republikanischen Partei kämpfende Antitrustbewegung. Lässt sich auch bei der Kürze der seit der Wahl verflossenen Zeit ein endgültiges Urteil über deren Wirkung auf Börse und Industrie noch nicht gewinnen, so muss doch konstatiert werden, dass der allgemein erwartete Aufschwung bis jetzt nicht zu beobachten ist. Die Berichte aus der amerikanischen Eisenindustrie lauten zwar günstig, aber sie lassen keine starke Zunahme des Beschäftigungsgrades erkennen. Am allerwenigsten ist ein günstiger Einfluss der Wahl auf die Effektenmärkte zu spüren; Wallstreet hat sogar im Gegenteil seit der Verkündung des Wahlresultates fast an jedem Tage eine schwache Tendenz gehabt. Die erhebliche Zunahme der demokratischen Stimmen scheint der newyorker Börse gelehrt zu haben, dass der neue Präsident, wenn er sich des Vertrauens der Wähler nicht unwürdig zeigen soll, doch mit grösserer Energie als sein Vorgänger die Monopolbestrebungen der Trusts beseitigen muss. Wenn die Politik des Schutzzolles auch nach Wilsons Programm nicht über Nacht beseitigt werden soll, so ahnt doch die Börse bereits, dass der Systemwechsel vielleicht eine Zeitlang das Wirtschaftleben bedrücken kann, und die Ungewissheit über das, was die Zukunft bringen wird, blieb nicht ohne Widerhall an den amerikanischen Börsen.

* * *

Am Kassa-Industriemarkte war die Tendenz schwächer als an den Terminmärkten. Geschäfte fanden grösstenteils nur innerhalb der Börsenspekulation statt; kleine Verkäufe für Rechnung des Privatpublikums riefen schon verhältnismässig grosse Rückgänge hervor. Am stärksten waren die Kursermässigungen in den Aktien einiger sächsischer Maschinenfabriken, in denen sich allerdings auch die Haussespekulation während der letzten Jahre am meisten betätigt hatte. Namentlich die Aktien der Maschinenfabrik Kappel und der Vogtländischen Maschinenfabrik erlitten starke Kursrückgänge, weil bekannt wurde, dass Kappel 300 Arbeiter entlassen hat. Die Verwaltung wird nach dem in der letzten Generalversammlung gefassten Beschluss zwar erst im Januar oder Februar (nach dem Verlauf der ersten Hälfte des Geschäftsjahres) eine Mitteilung über ihren Geschäftsgang veröffentlichen und überlässt es inzwischen gewissen ihr nahestehenden Personen wahre oder wissentlich unwahre Nachrichten in die Oeffentlichkeit zu bringen. So ist es nicht möglich, mit Sicherheit festzustellen, ob vielleicht nur Saisonarbeiter entlassen wurden, oder ob der Geschäftsgang in Stickmaschinen in der Tat bereits schlechter geworden ist. Dass es sich nur um Saisonarbeiter handelt, ist freilich kaum anzunehmen, zumal die Zahl der entlassenen Arbeiter etwa ein Fünftel der bisherigen Arbeiter betragen soll. (Die genaue Ziffer der jeweilig Beschäftigten in den Geschäftsberichten anzugeben, hält Kappel für ebenso überflüssig wie eine sonstige

Information der Aktionäre, und die Zulassungstelle hat bei der Genehmigung des letzten Prospektes nicht einmal darauf gedrungen, dass die Arbeiterziffer genannt wird.) Auf den Rückgang des Exportes in Stickmaschinen habe ich schon vor einigen Wochen hingewiesen, so dass anscheinend der Balkankrieg die Lage der Stickereiindustrie nur verschärft hat. Die Vogtländische Maschinenfabrik behauptet, dass bei ihr der Geschäftsgang recht lebhaft und der Auftragsbestand grösser sei als zu der gleichen Zeit des Vorjahres. Es ist denkbar, dass die Gesellschaft in Stickautomaten noch aus früheren Monaten grosse Aufträge auszuführen hat; dass aber auch bei diesem Unternehmen sich allmählich ein Rückschlag zeigen wird, ist doch zum mindesten wahrscheinlich.

Bruno Buchwald.

# Umschau.

**Politische Volksversicherung.** An dieser Stelle ist ausführlich über die Gründung der „Volksfürsorge Aktiengesellschaft“ berichtet worden, die von den freien Gewerkschaften Deutschlands ins Leben gerufen worden ist, um weiten Kreisen des deutschen Volkes die Vorteile der Volksversicherung zugute kommen zu lassen, ohne die Schattenseiten, die ihr der Natur der Sache nach nun einmal bei den auf kapitalistischer Basis errichteten Volksversicherunggesellschaften anhaften. Ich habe damals auch ausführlich die Gegenbestrebungen erwähnt, die wesentlich daran anknüpfen, dass die neue Gründung einen weiteren Machtzuwachs der der Sozialdemokratie nahestehenden Massen bedeutet. Zunächst hat man versucht, die staatlichen Autoritäten zu mobilisieren, um, wenn irgend möglich, die praktische Aufnahme der Geschäfte seitens der neuen Gründung zu verhindern. Nachdem man nun aber sieht, dass der einzigen zuständigen Instanz, nämlich dem Aufsichtamt für private Versicherung, durch die anscheinend finanziell gesunde Basis der neuen Gründung eine Möglichkeit zum Einschreiten nicht gegeben ist, versucht man einen prinzipiell viel wichtigeren Weg einzuschlagen, nämlich den, eine Gegengründung ins Leben zu rufen. Am 25. November 1912, vormittags 11 Uhr, soll im Sitzungsaale des Landeshauses zu Berlin eine vorberatende Sitzung stattfinden, zu der eine Reihe von Politikern, deren Parteirichtung von der extremsten rechten Seite bis zu den Mittelparteien reicht, einladet. Herr Generallandschaftdirektor Dr. Kapp aus Königsberg i. Pr., der bereits neulich zu einem temperamentvollen Angriff gegen die neue gewerkschaftliche Gründung ausgeholt hat, wird das einleitende Referat halten, und wenn ich recht unterrichtet bin, so soll der Zweck der ganzen Sitzung die Gründung einer „bürgerlichen“ neuen Versicherunginstitutes sein. Die Frage eines vernünftigen Ausbaues der deutschen Volksversicherung ist von viel zu weittragender Bedeutung, als dass man sich bei der Beurteilung der damit im Zusammenhang stehenden Dinge von parteipolitischen Erwägungen leiten lassen dürfte. Genau so, wie ich der neuen „Volksfürsorge Aktiengesellschaft“ in der Hoffnung, dass sie zum Segen unseres Vaterlandes arbeiten wird, mich sympathisch gegenübergestellt habe, genau so würde ich es begrüssen, wenn aus den Beratungen am 25. November etwas Praktisches herauskommen würde. Es kann wirklich nur von Vorteil sein, wenn möglichst weite Volkskreise in der Lage wären, sich auf einer vernünftigen Basis versichern zu lassen. Andererseits aber dürfen auch diejenigen, die in der gewerkschaftlichen Gründung etwas politisch Bedenkliches sehen, und deshalb die Fanfaren für die neue bürgerliche Gründung blasen, nicht darüber hinwegsehen, dass der Gegengründung der Volksfürsorge viel erheblichere Schwierigkeiten erwachsen werden, als dem gewerkschaftlichen Institut. Die Kritiker der privaten Volksversicherung haben niemals ohne weiteres jenen Gegnern dieser geschäftlichen Unternehmung beigestimmt, die glaubten, dass die hohen Prämien und auch andere Unzulänglichkeiten der bisherigen Volksversicherung lediglich von den Ausbeutunggelüste der Versicherunggesellschaften diktiert waren. Man ist sich wohl allgemein darüber einig, dass insbesondere die relativ hohen Prämien der privaten Volksversicherung — wohl ihre stärkste Schattenseite — zum Teil mit dem grossen Apparat zusammenhängen, den eine private Volksversicherungunternehmung immer wird unterhalten müssen. Das Heer der Agenten, die Provisionen beanspruchen, und die beinahe ebenso grosse Schar der Inkassobeamten, die tagaus tagein unterwegs sein müssen, um die Beiträge einzuziehen, stellt natürlich eine sehr erhebliche Belastung des Spesenkontos dar. Wenn die neue gewerkschaftliche Gründung mit einiger Wahrscheinlichkeit versprechen kann, diese Spesen zu reduzieren, so liegt das wesentlich daran, dass das weitverzweigte Netz der Zahlstellen und Vertrauensmänner der Gewerkschaften, die als Agenten und Inkassostellen für die neue Unternehmung wirken werden, es in der Tat als wahrscheinlich gelten lassen darf, dass hier sehr erhebliche Ersparnisse gemacht werden können. Es fragt sich nun, ob das Bürgertum über ähnliche Organisationen verfügt, auf denen eine neue Versicherunganstalt aufzubauen ist. Möglich, dass man daran denkt, die christlichen und nationalen Arbeiterorganisationen heranzuziehen, möglich auch, dass man glauben darf, auf die Kriegervereine und ähnliche patriotische Vereinigungen sich stützen zu können. Dabei darf man aber nicht übersehen, dass insbesondere in bezug auf die letzte Art von Vereinigungen Schwierigkeiten erwachsen, die gerade bei den Gewerkschaften nicht bestehen. Der Vorzug der Gewerkschaften für ihre Eignung als Unterbau für eine Versicherunganstalt ist nämlich keineswegs bloss in dem Zahlstellen- und Vertrauensmännersystem zu sehen, sondern ein wesentlicher Vorzug liegt vor allem darin, dass die Mitglieder dieser Vereinigungen nicht bloss durchschnittlich auf derselben sozialen Stufe stehen, sondern sich gerade aus denjenigen Schichten rekrutieren, die bisher schon dem Volksversicherunggedanken am zugänglichsten war. Im Kriegerverein, im Flottenverein und ähnlichen Organisationen aber sehen wir eine bunt zusammengewürfelte, alle sozialen und alle Einkommensklassen umfassende Mitgliedschaft. Neben den Leuten, die reich genug sind, um der Lebensversicherung überhaupt nicht zu bedürfen, und denen, die mit vielen Hunderttausenden ihr Leben versichern, stehen da in den Mitgliedslisten allerdings wohl auch manche Leute verzeichnet, die als Hand-

werker, Arbeiter oder kleine Unternehmer in der Versicherung eines kleinen Kapitals einen Vorteil sehen würden. Während bei geeigneter Agitation aus den Gewerkschaften ein sehr erheblicher Teil der Mitglieder zu der Klientele der Volksversicherung heranzuziehen ist, wird das bei den nationalen Vereinigungen nicht der Fall sein. Hier bestehen viel zu grosse Verschiedenheiten, die auch die Technik des neuen Versicherunggeschäftes wesentlich beschweren werden. Jedenfalls wird eine möglichst eingehende Beleuchtung dieser Frage zunächst notwendig sein, um der Oeffentlichkeit ein Urteil darüber zu gestatten, ob das neu projektierte Unternehmen auf eine finanziell und wirtschaftlich gesunde Basis gestellt werden kann.

**Schluss der Präsenzliste.** Im Reichsanzeiger vom 2. November findet sich die Einberufung zur Generalversammlung der Limbacher Warenvermittlung-Aktien-Gesellschaft in Limbach i. S. auf Sonntag, den 17. November 1912. Hinter der Tagesordnung steht da die Bemerkung, „die Präsenzliste wird Punkt $2^1/_2$ Uhr geschlossen". Wenn der Gesellschaft, die im wesentlichen den Charakter eines Konsumvereins haben dürfte, auch keine wesentliche Bedeutung für unser Aktienleben zukommt, so ist die Frage doch von prinzipieller Wichtigkeit, ob der Vorstand einer Gesellschaft, deren Generalversammlung um 2 Uhr beginnt, die Präsenzliste zur Generalversammlung um $2^1/_2$ Uhr auch dann schliessen darf, wenn bis zu diesem Zeitraum weder die Verhandlung über die Punkte, die auf der Tagesordnung stehen, erschöpft sind, noch alle Abstimmungen vollzogen sind. Ich habe neulich hier ausführlich auseinandergesetzt, dass es mit den Bestimmungen sowohl als auch mit dem Geist des Aktiengesetzes nicht vereinbar ist, zu erklären, dass nach einer bestimmten Zeit Aktionäre, die der Generalversammlung noch beiwohnen wollen, nicht in den Versammlungsaal gelassen werden. Ebensowenig scheint es mir statthaft zu sein, die Präsenzliste zu einem willkürlich gewählten Zeitpunkt zu schliessen. Es ist durchaus verständlich, dass die Verwaltung einer Aktiengesellschaft ihre Aktionäre zwingen möchte, pünktlich zu erscheinen, aber sie hat nicht das Recht, diese Pünktlichkeit durch Verstösse gegen das Aktiengesetz zu erzwingen, und um einen solchen Verstoss handelt es sich hier zweifellos. Der § 258 des Handelsgesetzbuches schreibt vor: „In der Generalversammlung ist ein Verzeichnis der erschienenen Aktionäre oder Vertreter von Aktionären mit Angabe ihres Namens und Wohnortes sowie des Betrages der von jedem vertretenen Aktien aufzustellen. Das Verzeichnis ist vor der ersten Abstimmung zur Einsicht aufzulegen; es ist von dem Vorsitzenden zu unterzeichnen. Im Staubschen Kommentar, der von Pinner bearbeitet ist, heisst es in bezug auf die Präsenzliste, oder, um den Ausdruck des Aktiengesetzes zu gebrauchen, in bezug auf das Verzeichnis der erschienenen Aktionäre: „Es ist vor der ersten Abstimmung zwar auszulegen, doch damit ist nicht gesagt, dass Aktionäre, die nach dieser Auflegung erscheinen, zurückgewiesen werden dürfen. Wer später erscheint und sich ordnungmässig meldet, muss in das Verzeichnis nachträglich aufgenommen werden. Nur muss aus dem Verzeichnis zu ersehen sein, vor welcher Abstimmung die nachträglich erschienenen Personen gekommen sind. Entfernen sich Aktionäre aber vor der nächsten Abstimmung, so ist dies im Verzeichnis, wenn sie sich abmelden, zu vermerken. Melden sie sich nicht ab, so müssen sie als weiter anwesend gelten." Dieselbe Auffassung macht zich auch die kommentierte Ausgabe des Handelsgesetzbuches des verstorbenen Justizrates S. Litthauer zu eigen, die vom Geheimen Justizrat Dr. Mosse neu bearbeitet ist. Die hier niedergelegte Auffassung scheint mir auch die einzig zulässige zu sein. Jeder Aktionär, der die vom Gesellschaftvertrag und der offiziellen Einberufung vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt hat, darf an der Generalversammlung teilnehmen. Das Teilnahmerecht darf dem Aktionär unter keinen Umständen verkümmert werden. Erscheint er also während der Generalversammlung, so steht ihm unbedingt das Recht zu, an allen nach seinem Eintritt gepflogenen Beratungen und Abstimmungen teilzunehmen. Nach § 259 HGB. muss nun die Präsenzliste dem offiziellen Protokoll zugefügt werden. Diese Beifügung hat im Grunde die Bestimmung, nachträglich noch feststellen zu können, welche Aktionäre an den Abstimmungen teilgenommen haben. Die Möglichkeit dieser Kontrolle darf nicht dadurch verkümmert werden, dass die Aktionäre, die später erschienen sind, in die Präsenzliste nicht mehr aufgenommen werden. Und daraus allein ergibt sich schon die Konsequenz, dass die Präsenzliste solange, wie die Generalversammlung dauert, mindestens aber solange, wie noch Abstimmungen stattfinden, offen liegen muss.

# Gedanken über den Geldmarkt.

In der verflossenen Woche sind Veränderungen von Belang nicht eingetreten, immerhin lässt sich feststellen, dass die Beunruhigung nicht weiter um sich gegriffen hat, sich vielleicht eher Symptome einer leichten Besserung der Situation zeigen. So haben namentlich die Märkte aus der Tatsache, dass die Bank von England die befürchtete weitere Erhöhung ihrer Rate zunächst unterlassen konnte, wieder ein gewisses Vertrauen geschöpft, und es konnte sich im Einklang hiermit im Laufe der Woche in London und Paris eine etwas leichtere Haltung durchsetzen. Allerdings bedeuten diese Veränderungen im Marktbilde vorläufig nicht viel mehr als eine hellere Schattierung, und es wäre durchaus übertrieben, von wirklicher Entspannung zu sprechen. Noch sind die Märkte völlig im Banne des ständig fluktuierenden politischen Barometers, und von einer Klärung der Lage kann daher noch keineswegs die Rede sein.

Der Verzicht Londons auf eine Diskonterhöhung wurde durch die Rückflüsse unterstützt, die sich nach Erledigung des Ultimo ergaben. Das Portefeuille konnte um zirka 600 000 Pfund reduziert werden, da der offene Markt durch Auszahlungen von Coupons und Dividenden erheblich flüssiger geworden war. Im Goldverkehr mit dem Auslande hatte die Bank nach längerer Pause wieder ein kleines Plus zu verzeichnen; trotzdem zeigt der Ausweis einen Rückgang des Barvorrats um fast 800 000 Pfund, der Inlandsverkehr hat somit grössere Ansprüche an Zirkulationsmitteln gestellt. Die Erleichterung im freien Verkehr kam speziell durch grösseres Angebot an täglichem Geld zum Ausdruck, das schliesslich zu 3% offeriert

# Plutus-Merktafel.

## Man notiere auf seinem Kalender vor:[1])

| | |
|---|---|
| **Sonnabend,** 16. November $4\frac{1}{2}$ % | Bankausweis New York. — *G.-V.:* Lothringer Eisenwerke, Rolandshütte, Oberbilker Stahlwerk C. Poensgen, Giesberts & Co., Weyersberg, Kirschbaum & Co., Panzer-Akt.-Ges., Akt.-Ges. f. Fabrikation von Eisenbahnmaterial Görlitz, Ver. Mosaikplattenwerke Friedland-Sinzig, Pressspanfabrik Untersachsenfeld, Schlesische Cellulose- und Papierfabriken, Moore-Licht. |
| **Montag,** 18. November $4\frac{1}{2}$ % | Essener Börse. — *Reichsbankausweis.* — Zahltag Paris. — *G.-V.:* Fried. Krupp Akt.-Ges., Carlshütte, Braunkohlen- u. Briketindustrie, Stadtberger Hütte, Niederschlesische Elektrizitäts- u. Kleinbahn-Ges., Augsburger Buntweberei vorm. L. A. Riedinger, Akt.-Ges. f. pharmazeutische Bedarfsartikel vorm. C. Wenderoth. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Görlitzer Maschinenbau-Anstalt. |
| **Dienstag,** 19. November $4\frac{1}{2}$ % | Düsseldorfer Börse. — *G.-V.:* L. A. Riedinger Maschinen- u. Bronzewarenfabrik, Archimedes Akt.-Ges. f. Stahl- u. Eisenindustrie, Mühlenbauanstalt vorm. Gebr. Seck, Carl Lindström Akt.-Ges., Zuckerfabrik Fraustadt, Dampfschiffsrhederei Union. — Schluss des Bezugsrechts Aktien Ruscheweyh & Schmidt. |
| **Mittwoch,** 20. November $4\frac{1}{2}$ % | Busstag. — Schluss des Bezugsrechts Schrauben-Muttern- u. Nietenfabrik Akt.-Ges. Schellmühl. |
| **Donnerstag,** 21. November $4\frac{1}{2}$ % | Essener Börse. — Ironage-Bericht. — Bankausweise London, Paris. — *G.-V.:* Hessische Herculesbrauerei Cassel, Joh. Girmes Akt.-Ges., Berliner Akt.-Ges. f. Eisengiesserei u. Maschinenfabrikation. Schluss der Einreichungfrist Aktien Hanauer Kunstseidefabrik, Bezugsrechts Zuckerfabrik Kl.-Wanzleben. |
| **Freitag,** 22. November $4\frac{1}{2}$ % | Düsseldorfer Börse. — Ironmonger-Bericht. *Deutschlands Kohlenproduktion Ein- u. Ausfuhr i. Oktober.* — *G.-V.:* Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- u. Hütten-Ges., Victoria-Werke, Nürnberg. |
| **Sonnabend,** 23. November $4\frac{3}{8}$ % | Bankausweis New York. — *Dekadenausweis Luxemburgische Prinz Heinrichbahn.* — *G.-V.:* Saar- u. Mosel-Bergwerks-Ges., Düsseldorfer Eisenbahnbedarf vorm. C. Weyer, Schlesische Kohlen- u. Cokes-Werke, Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk, Maschinen- u. Armaturenfabrik Klein, Schanzlin & Becker, Eisengiesserei u. Schlossfabrik Velbert, Zuckerraffinerie Braunschweig, Mecklenburgische Kali-Salzwerke Jessenitz, Transatlantica-Rhederei, Holstenbrauerei, Friedrich-Wilhelm, Preussische Lebensversicherungs-Gesellschaft. |
| | Ausserdem zu achten auf: Geschäftsberichte der Brauereien. Zulassunganträge (in Mill. M.): Berlin: 25 Aktien Hamburg Südamerikanische Dampfschiffahrts-Ges., 8,94 5 % Obligationen Berliner Hotel-Ges., 5 4 % Hallesche Stadtanleihe, Mechanische Weberei Zittau, Frankfurt a. M.: 3 neue Aktien, 25 4 % Bodenkredit-Obligationen Vereinsbank Nürnberg. München: 3 neue Aktien Vereinsbank Nürnberg. Hamburg: 2,95 4 % Obligationen Bergische Kleinbahnen, 2 Aktien Plantagenbetriebs-Ges. in Zentralamerika. Dresden: 1 neue Aktien Dresdener Gardinen- und Spitzen-Manufaktur. |

[1]) **Die Merktafel gibt dem Wertpapierbesitzer über alle für ihn wichtigen Ereignisse der kommenden Woche Aufschluss, u. a. über Generalversammlungen, Ablauf von Bezugsrechten, Markttage, Liquidationstage und Losziehungen. Ferner finden die Interessenten darin alles verzeichnet, worauf sie an den betreffenden Tagen in den Zeitungen achten müssen. In *Kursiv*-Schrift sind diejenigen Ereignisse gesetzt, die sich auf den Tag genau nicht bestimmen lassen. Unter dem Datum steht immer der Privatdiskont in Berlin vom selben Tag des Vorjahres.**

war. Im Diskontverkehr fand diese Besserung den kritischen Zeitverhältnissen entsprechend nur geringen Reflex, immerhin konnte sich aber auch hier zeitweise ein Rückgang des Satzes um etwa $^1/_8$ % durchsetzen, der allerdings später von einer erneuten Steigerung abgelöst wurde. Es besteht ebenhier noch immer die charakteristische Zurückhaltung der Clearingbanken, und das reguläre Diskontgeschäft ist fast lahmgelegt. Wenn trotzdem das Wechselangebot bei der Bank von England in der Berichtsperiode keinen grösseren Umfang angenommen hat, so verdankt die Bank dies lediglich dem Umstande, dass die Wechsel-Broker ihren Geldbedarf durch Entnahmen kurzfristiger Beträge im freien Markt versorgten. Die Verhältnisse in der Goldbewegung sind die gleichen wie in der Vorwoche, nur verlautet neuerdings in Lombard Street, dass die von Indien unterwegs befindlichen 2 000 000 Sovereigns statt in die indische Währungsreserve an die Bank von England direkt gehen sollen. Eine Bestätigung dieses Gerüchts liegt bisher nicht vor, sollte es sich aber bewahrheiten, so würde eine solche Zufuhr allerdings für die Bank eine nicht zu unterschätzende Kräftigung bedeuten, die auch auf den übrigen Markt kaum ohne Einfluss bleiben könnte. Wie schon öfter gesagt, spielen solche Faktoren sachlicher Art indes heute nicht die Rolle, die ihnen sonst zukommen muss, die nächste Entwicklung hängt vielmehr ganz und gar von der Gestaltung der grossen Probleme ab, denen sich Europa heute gegenübergestellt sieht.

Einen wie dominierenden Einfluss die Politik zurzeit ausübt, lässt sich am deutlichsten in Frankreich erkennen. Auch hier war im Laufe der letzten Woche eine leichte Entlastung zu verzeichnen, die eine geringe Ermässigung des Privatdiskonts unter die Bankrate gestattete. Trotzdem wird allseitig gemeldet, dass die Stimmung am Pariser Markte weiter höchst nervös bleibt. Diese Tatsache geht auch daraus hervor, dass bei den französischen Sparkassen dauernd ganz bedeutende Abhebungen von Einlagen stattfinden sollen, kaum geringere, als sie im vorigen Jahr während des Höhepunkts der Marokko-Schwierigkeiten beobachtet wurden. Hat doch der französische Sparer sich in Tagen politischer Sorgen stets als besonders ängstlich erwiesen. Unter diesen Umständen versteht man auch die bedeutende Steigerung des Bedarfs an Zirkulationsmitteln in Frankreich, wenn Hunderte es vorziehen, unter Verzicht auf jede Verzinsung ihr Geld lieber im Kasten daheim zu behalten, als dieses bei der Sparkasse oder den Banken anzulegen. Mit welcher Unruhe die Regierung-

kreise diese Vorgänge betrachten, erhellt aus einer Meldung, die das Berliner Tageblatt aus genfer Blättern übernommen hat, wonach die französischen Eisenbahn- und Schiffahrtgesellschaften auf Anregung der Bank von Frankreich ihre Ende Oktober fällig gewesenen Zahlungen an Arbeiter und Beamte statt in Gold nur in Papiergeld und Silber vorgenommen haben.

Verhältnismässig am ruhigsten liegt auch weiter der berliner Markt. Die Flüssigkeit im Tagesgeldverkehr ist vielleicht nicht mehr ganz so gross wie im vorigen Monat, immerhin aber genügend, um die Nachfrage zu normalen Sätzen zu befriedigen. Der Privatdiskont hält sich konstant, etwa $^1/_4$ % unter der Bankrate, wobei das angebotene Material ohne Schwierigkeiten Unterkunft findet. Am Devisenmarkt brachte die letzte Woche zeitweise eine kleine Erleichterung, doch ist es verfrüht, hier von einer wirklichen Besserung der Verhältnisse zu sprechen. Namentlich für Scheck London bleibt der Bedarf noch immer recht bedeutend, zumal Amerika weiterhin den Erlös seiner Exporttratten nach England remittieren lässt. Dagegen hat die Nachfrage für Scheck Paris etwas nachgelassen. Der erste Novemberausweis der Reichsbank zeigt sich etwas ungünstiger als der entsprechende vorjährige; da es aber zu Goldexporten von Belang bisher nicht gekommen ist, so war für die Reichsbank bis zum Abschluss dieses Berichtes die Notwendigkeit einer Diskontsteigerung noch nicht gegeben. In diesem Punkt stehen die Dinge genau wie in der Vorwoche, das heisst, die Entschlüsse der Bankleitung werden lediglich durch die weitere Kursgestaltung der Reichsmark in London und Paris sowie durch die Handhabung der Diskontpolitik der Zentralinstitute an diesen beiden Plätzen bestimmt werden. Justus.

## Antworten des Herausgebers.

(Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

**O. M, Bochum.** Anfrage: „Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir Ihre Ansicht darüber mitteilen wollten, ob Teilzahlungen auf Schecks gestattet sind und ev. unter welchen Bedingungen; liegen darüber bereits irgendwelche Entscheidungen vor?“

Antwort: Zur Entscheidung Ihrer Frage ist heranzuziehen der § 266 B.G.B., der besagt: „Der Schuldner ist zu Teilleistungen nicht berechtigt.“ Daraus geht klar hervor, dass eine Verpflichtung des Scheckgläubigers zur Annahme von Teilzahlungen, im Gegensatz zum Wechselgläubiger, der nach Artikel 39 der Wechselordnung selbst dann, wenn ihm der volle Betrag des Wechsels in Rechnung gestellt ist, zur Annahme von Teilzahlungen verpflichtet ist, nicht besteht. Es liegt also im Belieben des Scheckgläubigers, ob er Teilzahlungen annehmen will oder nicht. — Wie weiter der § 13 des Scheckgesetzes bestimmt, kann der Bezogene, „der den Scheckbetrag bezahlt“, die Aushändigung des quittierten Schecks verlangen; also hat derjenige, der nicht den „Scheckbetrag“, sondern nur einen Teilbetrag mit Genehmigung des Gläubigers entrichtet, vorläufig keinen Anspruch auf die Uebergabe des quittierten Schecks, dieser Anspruch wird vielmehr erst bei Vollzahlung rechtsgültig.

**H. Sch, Weimar.** Anfrage: „Ich möchte Sie höflichst bitten, mir Literatur über »Die Einführung in die Elemente der Börsentermingeschäfte« anzugeben.“

Antwort: Benutzen Sie Buchwald: Die Technik des Bankbetriebes (M. 6.—). Saling: Börsenpapiere I Teil (M. 9.—) und Heilfron: Geld, Bank- und Börsenwesen (M. 6.—). Eine Darlegung der volkswirtschaftlichen Bedeutung des Terminhandels finden Sie auch in Bernhard: Die Böre (M. 1.50).

**W. C. M, Breslau.** Anfrage: „Ich bitte Sie ergebenst, mir mitteilen zu wollen, ob es in der Fachliteratur eine Schrift über das Bank- und Börsenwesen in Südamerika gibt.“

Antwort: Vielleicht genügen Ihnen die Angaben in Taeuber: Die Börsen der Welt (M. 15.—) und Taeuber: Die Banken der Welt (M. 15.—).

# Plutus-Archiv.

## Waren des Welthandels.

### Seide.[1])

An der Unterseite des Körpers liegen gleichlaufend mit dem Darm durch die ganze Länge des Tieres die paarigen

**Drüsenkanäle,** in denen der Spinnstoff bereitet, gesammelt bzw. abgesondert wird. Die beiden Kanäle, die sich im Vorderkörper der Raupe dicht aneinanderlegen und schliesslich verschmelzen, münden im Kopf der Raupe in der

**Spinnwarze** bzw. dem Spinnrüssel, hier als einziger Kanal nach aussen. Der

**Spinnrüssel** und der ihm vorausgehende gemeinsame Kanal wird durch ein Muskelsystem betätigt, um den Spinnstoff nach aussen zu befördern. Vor der Vereinigung der Drüsenkanäle in den gemeinsamen Endkanal münden noch besondere Drüsen ein, welche ein Sekret liefern, das die eigentliche Seidensubstanz der Kanäle, das

**Fibroin,** umhüllt und erhärtet und dadurch die Faser unlöslich macht. Diese umhüllende Flüssigkeit heisst

**Bast** oder

**Sericin.** Fibroin und Sericin, die mikroskopisch kaum zu unterscheiden sind, zeigen aber eine verschiedene Verwandtschaft zu einzelnen künstlichen Farbstoffen, auch ist das Sericin manchmal pigmentiert. Zu den beiden Stoffen (Fibroin und Sericin) tritt dann noch eine Flüssigkeit besonderer Drüsen, endlich noch eine vierte Substanz, das

**Mucoidin.** Die Basthüllen der beiden Seidenfäden werden nach Umhüllung mit der Flüssigkeit der besonders erwähnten Drüsen miteinander verschmolzen. Die Stärke der einzelnen genannten Schichten des Seidenfadens ist in den einzelnen Teilen des Spinnapparats eine verschiedene.

(Fortsetzung folgt.)

[1]) Siehe Plutus Seite 764, 784, 850, 866, 889.

# Neue Literatur der Volkswirtschaft und des Rechts.

(Der Herausgeber des Plutus behält sich vor, die hier aufgeführten Eingänge an Neuerscheinungen besonders zu besprechen. Vorläufig werden sie an dieser Stelle mit ausführlicher Inhaltsangabe registriert.)

Alle in dieser Rubrik erwähnten Bücher sind von jeder Buchhandlung des In- und Auslandes, ausserdem aber auch gegen Voreinsendung des Betrages oder gegen Nachnahme von der Sortiments-Abteilung des Plutus Verlages zu beziehen.)

**Illustriertes Jahrbuch der Weltgeschichte.** Herausgegeben von Albin Geyer. Zwölfter Jahrgang — das Jahr 1911. Preis Kart. 1,50 M. Wien, Teschen, Leipzig, Verlag von Karl Prochaska.

Rückblick und Ausblick. — Deutsches Reich. — Oesterreich-Ungarn. — Italien. — Frankreich. — Grossbritannien. — Russland. — Skandinavische Halbinsel. — Mitteleuropäische Staaten. — Pyrenäische Halbinsel. — Balkanstaaten. — Amerika. — Asien. — Afrika. — Australien. — Hoffnungen und Möglichkeiten.

**Baden und die Eisenbahngemeinschaft.** Eine Studie von Prof. Hermann Hummel. Preis brosch. 0,50 *M.* Karlsruhe i. B. 1912, G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag.

Entwicklung der badischen Staatseisenbahnen. — Finanzpolitische Grundsätze der badischen Eisenbahnverwaltung. — Finanzielle Lage und Rentabilität der badischen Staatsbahnen. — Vorzüge der bundesstaatlichen Selbständigkeit. — Was wird für eine weitergehende Vereinheitlichung vorgebracht? — Formen der Vereinheitlichung. — Ausblicke.

**Handelsstatistik oder Zollstatistik?** Vorschläge zur Vereinfachung und Verbesserung der Statistik unseres auswärtigen Handels. Von W. v. Loefen. Preis 1,80 *M.* Kattowitz, Phönix-Verlag.

Hauptmängel der jetzigen Statistik. — Loslösung der Handelsnachweise vom Zollwesen. — Einrichtung des künftigen Warenverzeichnisses. — Besondere Zollstatistik. — Umwandlung der Warenverkehrsstatistik in eine Handelsstatistik. — Beschränkung der Nachweise auf die eigentlichen Handelswaren. — Unterscheidung des Verkehrs nach Spezial- und Gesamthandel. — Erfassung des Zwischenhandels. — Trennung der inländischen von den ausländischen Waren bei der Ausfuhr. — Das neue Erhebungverfahren und seine Vorteile. — Grundzüge eines Gesetzentwurfs, betreffend die Handelsstatistik, nebst Begründung. — Anmeldepflichtige Waren. — Erfordernisse der Anmeldescheine. — Verpflichtung zur Ausstellung der Anmeldescheine. — Mitwirkung der Verkehrsanstalten. — Verpflichtung und Frist zur Anmeldung. — Prüfung der Anmeldescheine durch die Anmeldestellen. — Geheimhaltung der statistischen Angaben. — Statistische Gebühr. — Befreiung von der statistischen Gebühr. — Erleichterungen. — Strafbestimmungen usw. — Muster zu den neuen Anmeldescheinen. — Aufbereitung des handelsstatistischen Urmaterials. — Bisheriges Verfahren und Vorteile des zentralisierten Betriebes. — Mängel der maschinellen Bearbeitung. — Vorteilhafte Methode der Aufbereitung. — Kosten der Zoll- und Handelsstatistik.

## Generalversammlungen.

**(Die erste Zahl hinter dem Namen der Gesellschaft gibt den Tag der Generalversammlung an, die zweite den Schlusstermin für die Aktienanmeldung und die dritte den Tag der Bekanntmachung im Reichsanzeiger. Der Ort ist der Generalversammlungsort. Unsere Aufstellung enthält die Generalversammlungen sämtlicher deutscher Aktiengesellschaften.)**

A.-G. Baumwollspinnerei Himmelmühle bei Wiesenbad, 29. 11., 25. 11., 4. 11. ● A.-G. Kronenbräu vorm. M. Wahl, Augsburg, 28. 11., 27. 11., 4. 11. ● A.-G. für Marmorindustrie Kiefer in Kiefersfelden, München, 26. 11., 23. 11., 2. 11. ● A.-G. Restaurant Gattersburg, Grimma, 25. 11., —, 6. 11. ● A.-G. für Schlesische Leinen-Industrie, Breslau, 30. 11., 26. 11., 6. 11. ● A.-G. Stettiner Dampfmühlen, Stettin, 25. 11., 23. 11., 1. 11. ● Agrippinahaus, A.-G., Cöln, 26. 11., 24. 11., 28. 10. ● Aktien-Bierbrauerei Falkenkrug, Falkenkrug b. Detmold, 27. 11., 26. 11., 8. 11. ● Aktienbierbrauerei Gohlis, Leipzig, 25. 11., 21. 11., 28. 10. ● Akt.-Bierbrauerei Mittweida, 13. 12., —, 8. 11. ● Aktienbrauerei Eisenach, Eisenach, 25. 11., 23. 11., 1. 11. ● Aktienbrauerei Karlsburg, Bremerhaven, 26. 11., 23. 11., 1. 11. ● Akt.-Brauerei Pforten, Gera, 19. 11., 11. 11., 8. 11. ● Actienbrauerei zum Prinz Carl von Bayern, Augsburg, 30. 11., 26. 11., 5. 11. ● Aktienbrauerei zum Stiftsgarten, Dillingen a. D., 30. 11., 27. 11., 4. 11. ● Akt.-Lagerbier-Brauerei zu Schloss Chemnitz, Chemnitz, 27. 11., —, 4. 11. ● Act.-Mälzerei vorm. Jul. Sommerkamp, Soest, 28. 11., 27. 11., 4. 11. ● Akt.-Zuckerfabrik Bennigsen, 23. 11., 19. 11., 4. 11. ● Apenrader Actien-Brauerei-Gesellschaft, Apenrade, 23. 11., 15. 11., 6. 11.

Badische Lederwerke, Karlsruhe-Mühlburg, 30. 11., 27. 11., 4. 11. ● Baltische A.-G. für Licht-, Kraft- und Wasserwerke, Berlin, 25. 11., 22. 11., 6. 11. ● Bergbrauerei Riesa A.-G., Riesa a. d. E., 27. 11., 23. 11., 4. 11. ● Bergschlossbrauerei und Malzfabrik C. L. Wilh. Brandt, A.-G., Grünberg (Schl.), 26. 11., 22. 11., 4. 11. ● Beton-A.-G. Rautenberg & Co., Wilmersdorf, 29. 11., 26. 11., 4. 11. ● Bierbrauerei Bergschlösschen, A.-G., Stade, 30. 11., —, 31. 10. ● Bierbrauerei Durlacher Hof, A.-G., vorm. Hagen, Mannheim, 28. 11., —, 25. 10. ● Bierbrauerei Glauchau, A.-G., Glauchau, 28. 11., —, 4. 11. ● Bill-Brauerei, A.-G., Hamburg, 25. 11., 23. 11., 31. 10. ● Bismarckhütte, Bismarckhütte (O.-Schl.), 30. 11., 25. 11., 23. 10. ● Bitterfelder Actien-Bierbrauerei vorm. A. Brömme, Bitterfeld, 23. 11., 20. 11., 2. 11. ● Bonner Aktien-Brauerei, Bonn, 29. 11., —, 6. 11. ● Boardinghouse, A.-G., Berlin, 30. 11., 27. 11., 8. 11. ● Bonner Bade-Anstalt i. Liqu., A.-G., Bonn, 26. 11., —, 4. 11. ● Brauerei zum Bergschlösschen, Eisfeld, 3. 12., 27. 11., 8. 11. ● Brauerei Binding, A.-G., Frankfurt a. M., 28. 11., 27. 11., 2. 11. ● Brauerei zum Felsenkeller bei Dresden, Dresden, 30. 11., —, 28. 10. ● Brauerei Kempff, A.-G., Frankfurt a. M., 25. 11., 22. 11., 30. 10. ● Brauerei Stern A.-G., Frankfurt a. M., 25. 11., 21. 11., 30. 10. ● Brauerei Zinn A.-G., Berka (Werra), 30. 11., 27. 11., 5. 11. ● Brauereiges. vorm. Meyer & Söhne, Riegel, 28. 11., —, 6. 11. ● Breslauer Hallenschwimmbad, A.-G., Breslau, 26. 11., 25. 11., 4. 11. ● Bürgerliches Brauhaus, A.-G., Insterburg, 30. 11., 25. 11., 6. 11. ● Bürgerliches Brauhaus Ravensburg, A.-G., Ravensburg, 7. 12., 3. 12., 8. 11.

Cartonnagen-Maschinen-Industrie und Façonschmiede, A.-G. i. Liqu., Berlin, 30. 11., 27. 11., 18. 10. ● Chem.-pharmaceutische Werke, A.-G., Strassburg i. Els., 25. 11., 21. 11., 4. 11. ● Continental-Telegraphen-Comp., A.-G., Berlin, 9. 12., 6. 12., 8. 11.

Dellarocca, Chem. Fabrik, A.-G., Berlin, 30. 11., 25. 11., 4. 11. ● Deseniss & Jacobi, A.-G., Hamburg, 22. 11., —, 4. 11. ● Deutsch-Amerikanische Lack- und Firnis-Werke Degenhardt & Knoche, A.-G., Hamm i. W., 25. 11., 21. 11., 3. 11. ● Deutsch-Oesterreichische Bergwerksges., Dresden, 30. 11., 27. 11., 4. 11. ● Deutsche Thermophor-A.-G., Cöln, 25. 11., 20. 11., 2. 11. ● Anton Chr. Diessl, A.-G., München, 30. 11., 25. 11., 5. 11.

• Druiden-Logenhaus, A.-G., Berlin, 29. 11., —, 31. 10.

Eisenhüttenwerk Keula bei Muskau, A.-G., Berlin, 28. 11., —, 29. 10. • Eisleber Actienbierbrauerei vorm. Wilhelm Beinert, Eisleben, 30. 11., 29. 11., 31. 10. • Elektrizitätswerk Beihingen-Pleidelheim, A.-G., Beihingen-Ludwigsburg, 27. 11., 23. 11., 8. 11. • Electricitätswerk Misdroy, A.-G., Bremen, 27. 11., 23. 11., 23. 10. • Elsässische Wergzeugfabrik Zornhoff vorm. Goldenberg & Co., Zornhoff, 11. 12., 6. 12., 8. 11. • Export-Bierbrauerei Aug. Peter, A.-G., Königsee (Thür.), 30. 11., 27. 11., 8. 11.

Flensburger Export-Brauerei, Flensburg, 30. 11., 27. 11., 4. 11. • Flensburger Schiffsparten-Vereinigung, Akt.-Ges., Flensburg, 14. 12., 13. 12., 8. 11. • Frankenhäuser Aktien-Brauerei, Frankenhausen (Kyffh.), 27. 11., 23. 11., 2. 11. • Frankenthaler Brauhaus, Frankenthal, 30. 11., 24. 11., 6. 11. • Friedrich Wilhelm, Preussische Lebens- und Garantie-Versicherungs-A.-G., Berlin, 23. 11., 18. 11., 5. 11.

Gaswerk Ermsleben am Harz, A.-G., Bremen, 27. 11., —, 28. 11. • Gaswerk Hoya, Hoya a. W., 29. 11., 26. 11., 6. 11. • Gemeinnützige Baugesellschaft Keula, A.-G., Berlin, 28. 11., —, 29. 10. • Gilden-Brauerei, A.-G., Essen (Ruhr), 22. 11., 18. 11., 2. 11. • Görlitzer Kreisbahn, A.-G., Görlitz, 14. 12., 5. 12., 8. 11. • Griendtsveen-Torfstreu-A.-G., Köln, 28. 11., —, 5. 11. • Guatemala-Plantagen-Gesellschaft, Hamburg, 29. 11., 26. 11., 1. 11. • Gutehoffnungshütte, Actien-Verein für Bergbau und Hüttenbetrieb, Oberhausen (Rheinland), 30. 11., 22. 11., 30. 10.

Hagener Gussstahlwerke, A.-G., Hagen i. W., 25. 11., 19. 11., 30. 10. • Hallesche Aktien-Bierbrauerei, Halle a. d. S., 26. 11., 23. 11., 5. 11. • Hamm-Neusser Fähr-A.-G., Hamm-Düsseldorf, 23. 11., —, 8. 11. • Hamburger Terraingesellschaft Bemesem, e. G. m. b. H. i. Liqu., Hamburg, 15. 11., —, 8. 11. • Hansa-Brauerei, A.-G., Lübeck, 27. 11., 23. 11., 6. 11. • Harbker Kohlenwerke, Harbke, 26. 11., 23. 11., 2. 11. • Hartwig & Vogel, A.-G., Dresden, 26. 11., 22. 11., 8. 11. • Heidelberger Actienbrauerei vorm. Kleinbein, Heidelberg, 27. 11., 24. 11., 30. 10. • Henke's Tile Works Feroke A.-G., Bremen, 30. 11., 28. 11., 8. 11. • Hildesheimer Actienbrauerei, Hildesheim, 25. 11., 23. 11., 30. 10. • Höchster Gasbeleuchtungs-Ges., Höchst a. M., 27. 11., 23. 11., 8. 11. • Hofbrauhaus Hanau vorm. G. Ph. Nicolay, A.-G., Hanau, 29. 11., —, 6. 11. • Hohenzollern, A.-G. für Lokomotivbau, Düsseldorf, 28. 11., 21. 11., 4. 11.

Immobilien-A.-G. „Noris" i. Liqu., Nürnberg, 25. 11., 21. 11., 19. 10.

Kalker Brauerei, A.-G., vorm. Jos. Bardenheuer, Cöln-Kalk, 30. 11., —, 29. 10. • Kattowitzer Lagerhaus- und Produktenbank-A.-G., Kattowitz, 27. 11., 24. 11., 6. 11. • Kaufhaus „Modern", A.-G., Strassburg i. Els., 30. 11., 25. 11., 5. 11. • Kleinbahn-A.-G. Jauer—Maltsch, Jauer, 28. 11., 23. 11., 30. 10. • Kleinbahn-A.-G. Langensalza—Kirchhellingen, Langensalza, 27. 11., 26. 11., 31. 10. • Kleinbahn-A.-G. Thorn—Leibitsch, Thorn, 26. 11., 23. 11., 31. 10. • Kloster-Ziegelei Eisenach-Gerstungen, A.-G., Eisenach, 30. 11., 27. 11., 6. 11. • Königsberger Presshefefabrik, A.-G., Königsberg i. Pr., 25. 11., 22. 11., 30. 10. • Kreuzburger Zuckerfabrik, Breslau, 30. 11., 27. 11., 18. 10. • Friedr. Krupp, A.-G., Essen (Ruhr), 18. 11., 12. 11., 4. 11.

W. Leinbrock, A.-G., Pirna, 28. 11., 23. 11., 30. 10. • Leipziger Spritfabrik, Leipzig-Eutritzsch, 30. 11., —, 4. 11. • Lichtspieltheater, A.-G., Strassburg i. E., 23. 11., —, 4. 11. • Limbacher Warenvermittelungs-A.-G., Limbach i. S., 17. 11., 14. 11., 2. 11. • Loewen-Brauerei, A.-G., Hamburg, 2. 12., 28. 11., 8. 11. • Lüneburger Kronenbrauerei, A.-G., Lüneburg, 30. 11., 27. 11., 4. 11.

Mahn & Ohlerich, Bierbrauerei, A.-G., Rostock, 25. 11., 23. 11., 6. 11. • Malzfabrik Mellrichstadt, Meiningen, 29. 11., 25. 11., 8. 11. • Malzfabrik Stuttgart, A.-G., Stuttgart, 26. 11., —, 1. 11. • Mannheimer Actien-Brauerei, Mannheim, 27. 11., 23. 11., 2. 11. • Maschinenbau-A.-G. Markt-Redwitz, vorm. Hch. Rockstroh, Markt-Redwitz, 30. 11., 26. 11., 8. 11. • Maschinenfabrik Weingarten vorm. Hch. Schak, A.-G., Weingarten (Württ.), 7. 12., 4. 12., 8. 11. • Medicinisches Warenhaus, A.-G., Berlin, 23. 11., 19. 11., 2. 11. • Metropol-Theater A.-G., Berlin, 23. 11., 25. 11., 8. 11. • Mühlburger Brauerei vorm. Freiherrl. v. Seldeneckische Brauerei, Karlsruhe-Mühlburg, 26. 11., 23. 11., 1. 11. • Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Gebr. Seck, Dresden, 19. 11., 16. 11., 2. 11. • Münchener Brauhaus, Act.-Ges., Berlin, 25. 11., 21. 11., 1. 11. • Murgtalbrauerei A.-G., vorm. Alois Dogler, Gaggenau, 30. 11., 27. 11., 6. 11.

Neufang-Jaenisch, Brauerei, A.-G., Saarbrücken, 11. 12., 9. 12., 8. 11. • Nordhäuser Aktienbrauerei, Nordhausen, 29. 11., —, 6. 11.

Osuna-Rochela-Plantagen-Gesellschaft, Hamburg, 29. 11., 26. 11., 8. 11.

Pfalzbrauerei vorm. Geisel & Mohr, A.-G., Neustadt a. d. H., 30. 11., 23. 11., 4. 11. • Portland-Cementfabrik „Germania", A.-G., Berlin, 27. 11., 22. 11., 2. 11.

E. M. Raetz, A.-G., Cöln-Merheim, 30. 11., 26. 11., 2. 11. • Rhederei-A.-G. von 1896, Hamburg, 26. 11., 25. 11., 1. 11. • Rheinische Automobil-Gesellschaft, A.-G., Mannheim, 28. 11., 25. 11., 6. 11. • Rhein. Glashütten-A.-G., Cöln, 28. 11., 20. 11., 4. 11. • Rhenania, Vereinigte Emaillierwerke, A.-G., Düsseldorf, 30. 11., 24. 11., 4. 11. • Rombacher Hüttenwerke, Rombach, 30. 11., 27. 11., 6. 11. • Rommel, Weiss & Co., A.-G., Cöln, 27. 11., 23. 11., 4. 11.

Sächsische Automaten- und Türschliesser-A.-G., Dresden, 26. 11., 21. 11., 31. 10. • Saline, Sol- und Schwefelbad A.-G. zu Münder a. D., 30. 11., 28. 11., 6. 11. • Schlegel-Brauerei, A.-G., Bochum, 9. 12., 3. 12., 8. 11. • Schlossmälzerei, A.-G., vorm. Th. Schmidt & Co., Nienburg (Saale), 30. 11., —, 1. 11. • Schultheiss' Brauerei, A.-G., Berlin, 28. 11., 26. 11., 5. 11. • Spiritusfabrik, A.-G., Königszelt, Berlin, 24. 11., 21. 11., 2. 11. • Steingutfabrik Grünstadt, A.-G., Grünstadt (Rheinpfalz), 25. 11., 19. 11., 31. 10. • Superphosphatfabrik Nordenham, A.-G., Bremen, 28. 11., 24. 11., 24. 10.

Thüringische Nadel- und Stahlwarenfabrik Wolff, Knippenberg & Co., A.-G., Ichtershausen, 30. 11., 26. 11., 4. 11.

Ueberlandzentrale Stettin, A.-G., Stettin, 29. 11., —, 4. 11. • Uhrenfabrik vorm. L. Furtwängler Söhne, A.-G., Furtwangen, 29. 11., 24. 11., 4. 11. • Ungemach, A.-G. Els. Conserven-Fabrik und Import-Ges., Strassburg i. Els., 20. 11., 16. 11., 2. 11. • Union, A.-G. für Eisenhoch- u. Brückenbau, Essen (Ruhr), 30. 11., 25. 11., 5. 11.

Verein für Zellstoff-Industrie, A.-G., Dresden, 28. 11., 25. 11., 6. 11. • Vereinigte Brauereien, A.-G., Gumbinnen, 29. 11., 26. 11., 6. 11. • Vereinigte Nord- und Süddeutsche Spritwerke und Presshefefabrik Bast, A.-G., Berlin, 28. 11., 21. 11., 31. 10. • Vereinigte Stralsunder Spielkarten-Fabr., A.-G., Stralsund, 30. 11., 27. 11., 8. 11. • Vereinsbrauerei Oelsnitz i. V. a. G., Oelsnitz i. V., 12. 12., 8. 12., 8. 11.

Westfälische Maschinenbau-Industrie Gustav Moll & Co., A.-G., Bochum, 26. 11., 20. 11., 31. 10. • Winterhuder Bierbrauerei, Hamburg, 30. 11., 26. 11., 30. 10.

Zuckerfabrik Peplin, 10. 12., —, 8. 11.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Goslar in Charlottenburg.

# Aus der Geschäftswelt.

**Die Mitteilungen in den folgenden Rubriken sind Darlegungen der Interessenten und erscheinen ohne Verantwortlichkeit der Redaktion und des Herausgebers.**



**Im freien Verkehr ermittelte Kurse** vom 12. Nov. 1912, abgeschlossen 6 Uhr abends.

| | Ge-sucht | Ange-boten |
|---|---|---|
| **Kohlen.** | | |
| Adler bei Kupferdreh | 4325 | 4500 |
| Alte Haase | 1450 | 1550 |
| Blankenburg | 2200 | 2300 |
| Brassert | 11200 | 11700 |
| Carolus Magnus | — | 7000 |
| Constantin der Gr. | 47300 | 48500 |
| Diergardt | 3300 | 3400 |
| Dorstfeld | 11600 | 12350 |
| Ewald | 45000 | 48000 |
| Friedrich der Grosse | 26500 | 28500 |
| Gottessegen | 2550 | 2650 |
| Graf Bismarck | — | 59000 |
| Graf Schwerin | 12800 | 13300 |
| Heinrich | 5150 | 5300 |
| Helene & Amalie | 18200 | 19200 |
| Hermann I/III (3000 Kuxe) | 4300 | 4400 |
| Johann Deimelsberg | 6450 | 6575 |
| Königin Elisabeth | 27250 | 27600 |
| König Ludwig | 31500 | 33000 |
| Langenbrahm | 20300 | 21000 |
| Lothringen | 28500 | 29000 |
| Mont Cenis | 18400 | 18800 |
| Oespel | 2275 | 2350 |
| Schürb. & Charlottbg. | 1675 | 1750 |
| Trier (3000 Kuxe) | 6400 | 6500 |
| Unser Fritz | — | 23000 |
| Westfalen (10 000 Kuxe) | 900 | 950 |
| **Braunkohlen.** | | |
| Bellerhammer Brk. | 1600 | 1700 |
| Germania | 875 | 925 |
| Gute Hoffnung | 4850 | 5000 |
| Humboldt | 1400 | 1500 |
| Leonhard | 7600 | 7800 |
| Lucherberg | 2550 | 2650 |
| Michel | 7250 | 7400 |
| Neurath | 2300 | 2900 |
| Regiser | — | — |
| Schallmauer, Braunk. | 3225 | 3300 |
| **Kali-Kuxe und -Anteile.** | | |
| Alexandershall | 9400 | 9700 |
| Aller Nordstern | 1650 | 1725 |
| Beienrode | 6000 | 6500 |
| Bergmannssegen | 6500 | 6700 |
| Burbach | — | 14200 |
| Carlsfund | 5850 | 5950 |
| Carlsglück | 1750 | 1850 |
| Carlshall | 2450 | 2550 |
| Deutschland, Justenbg. | 3900 | 4100 |
| Einigkeit | — | 5800 |
| Fallersleben | 1425 | 1475 |
| Felsenfest | 1925 | 1975 |
| Gebra | 4100 | 4300 |
| Glückauf, Sondershausen | 20500 | 21500 |
| Grossherz. v. Sachsen | 8600 | 8900 |
| Günthershall | 4900 | 5000 |
| Hannover | — | 150 |
| Hansa Silberberg | 5800 | 6000 |
| Hedwig | 725 | 800 |
| Heiligenmühle | 1325 | 1400 |
| Heiligenroda | 8500 | 8700 |
| Heimboldshausen | 1150 | 1300 |
| Heldrungen I | 750 | 800 |
| Heldrungen II | 1050 | 1125 |
| Herfa | 1325 | 1400 |
| Heringen | 5000 | 5200 |
| Hermann II | 1700 | 1800 |
| Hohenfels | — | 6400 |
| Hohenzollern | 6300 | 6450 |
| Hugo | 10400 | — |
| Hüpstedt | 3150 | 3300 |
| Immenrode | 4250 | 4350 |
| Johannashall | 4550 | 4750 |
| Kaiseroda | 9000 | 9500 |
| Mariaglück | 1325 | 1400 |
| Max | 2950 | 3050 |
| Neurode | 1325 | 1400 |
| Neusollstedt | 3250 | 3350 |
| Neustassfurt | — | 12600 |
| Ransbach | 1000 | 1100 |
| Reichenhall | 700 | 775 |
| Rothenberg | 2875 | 2950 |
| Sachsen-Weimar | — | 7300 |
| Salzmünde | 6300 | 6500 |
| Siegfried I | 5900 | 6000 |
| Thüringen | 3400 | 3600 |
| Volkenroda | 6300 | 6600 |
| Walbeck | 4900 | 5200 |
| Walter | 1200 | 1275 |
| Wilhelmine | 1550 | 1650 |
| Wilhelmshall | 9050 | 9250 |
| Wintershall | 18300 | 19100 |
| **Kali-Aktien.** | | |
| Adler Kaliwerke | 79% | 80% |
| Adolfsglück | 46% | 48% |
| Bismarckshall | 96% | 98% |
| Hallesche Kaliwerke | 56% | 58% |
| Hattorf | 113% | 115% |
| Heldburg | 59% | 61% |
| Justus Act. | 101% | 102% |
| Krügershall | 126% | 128% |
| Ludwigshall | 70% | 72% |
| Ronnenberg Act. | 115% | 117% |
| Steinförde | 65% | 67% |
| Teutonia | 76% | 78% |
| **Erzkuxe.** | | |
| Apfelbaumer Zug | 550 | 625 |
| Eiserner Union | 800 | 900 |
| Fernie | 3300 | 3375 |
| Freier Grunder Bgw.-V. | 350 | 400 |
| Henriette | 1300 | 1400 |
| Louise Brauneisenst. | 1825 | 1875 |
| Neue Hoffnung | 130 | 170 |
| Wilhelmine | 1150 | 1225 |

## Londoner Börsenkurse

mitgeteilt von [4903



### Amerikaner.

| | Schlusskurs vom 4. 11. | 11. 11. |
|---|---|---|
| Atchisons | $110^1/_8$ | $110^1/_2$ |
| Baltimore and Ohio | $108^3/_4$ | $109^1/_2$ |
| Canadian Pacific | $269^1/_2$ | $269^1/_2$ |
| Erie Common | $35^1/_8$ | $35^1/_8$ |
| Missouri, Kansas and Texas | $28^5/_8$ | $28^7/_8$ |
| Southern Railway | 30 | 30 |
| Southern Pacific | 113 | $113^1/_2$ |
| Union Pacific | $174^1/_4$ | 177 |
| U. S. Steel Corp. | $77^3/_4$ | $77^7/_8$ |
| Grand Trunk Ord. | $26^7/_8$ | $26^5/_8$ |
| " " 3. Pref. | $51^7/_8$ | $51^5/_8$ |

### Minen.

#### Südafrikaner und Rhodesier.

| | | |
|---|---|---|
| Brakpan | $3^7/_8$ | $3^{29}/_{32}$ |
| Cinderella Cons. | 1 | 1 |
| Chartered | 25/9 | 25/6 |
| East Rand Prop. | $2^{23}/_{32}$ | $2^{11}/_{16}$ |
| Eldorado Banket | $1^{19}/_{32}$ | $1^1/_2$ |
| Geduld | $1^1/_8$ | $1^1/_8$ |
| Gen. Mining and Finance | 1 | 1 |
| Gold Fields Ord. | $3^{17}/$ | $3^3/_8$ |
| Johannesburg Cons. Inv. | 20/9 | 20/6 |
| Kleinfontein New | $1^1/_4$ | $1^{11}/_{32}$ |
| Langlaagte Estates | $1^7/_{16}$ | $1^3/_8$ |
| Modderfontein | $11^7/_8$ | $11^7/_8$ |
| Pigg's Peak Dev. | 14/0 | $^{11}/_{16}$ |
| Randfontein | $1^1/_2$ | $1^{15}/_{32}$ |
| Rand Mines | $6^1/_4$ | $6^1/_4$ |
| South West Africa | 25/6 | 25/0 |
| Transvaal North | 10/6 | 10/6 |
| Tanganyika Cons. | $2^1/_2$ | $2^{15}/_{32}$ |
| Witwatersrand Deep | $2^{11}/_{16}$ | $2^5/_8$ |

### Diamant, Kupfer u. andere.

| | | |
|---|---|---|
| Amalgamated Copper | $85^5/_8$ | $86^1/_4$ |
| Anacondas | $8^{13}/_{16}$ | $8^7/_8$ |
| Broken Hill Props | 46/0 | 45/6 |
| De Beers Def. | $19^1/_2$ | $19^3/_4$ |
| Esperanza | 2 | 2 |
| Golden Horseshoe | $2^1/_{16}$ | $2^1/_{16}$ |
| Mount Lyell Mining | 23/0 | 22/6 |
| Mount Lyell Cons. Wallaroo 10/0 fully paid | 5/0 | 4/9 |
| Premier Def. | $11^5/_8$ | $11^3/_4$ |
| Rio Tinto | $72^3/_8$ | $71^5/_8$ |

### Zinn-Werte.

| | | |
|---|---|---|
| Anglo Continental | $^{27}/_{32}$ | $^3/_4$ |
| Bisichi Tin | $1^1/_{16}$ | $1^1/_8$ |
| Nigerian Tin Corp. | $1^1/_4$ | $1^3/_{16}$ |
| Rayfield New | $^{27}/_{32}$ | $^{25}/_{32}$ |
| Temma Tin | 2/0 | 1/6 |

### Fremde Werte.

| | | |
|---|---|---|
| Engl. Consols $2^1/_2$% | $73^{15}/_{16}$ | $74^3/_{16}$ |
| Brazilianer 1889 | $82^1/_2$ | $82^1/_2$ |
| Colombier | $48^1/_2$ | $49^1/_2$ |
| Japaner 1905 4% | $85^1/_4$ | $86^1/_4$ |
| Mexikaner 5% | $99^1/_2$ | 100 |
| Peru Ord. | $10^1/_4$ | $10^1/_4$ |
| Peru Prefs | 51 | $51^3/_4$ |
| Prov. of Buenos Aires $3^1/_2$% | 67 | 67 |

Der Verlauf der Börse war infolge der Rede Mr. Asquiths in Bezug auf die Balkanlage beruhigt und teilweise befestigt. Amerikaner und Kupferwerte stetig. Minen lustlos, aber gut behauptet.




Verantwortlich für die Rubrik „Aus der Geschäftswelt" und für den Inseratenteil: M. Hauschner, Berlin.
Druck von Pass & Garleb G. m. b. H., Berlin W. 57, Bülowstrasse 66.